

DIRK REUTER

Zwischen Honorationenwahlen und „Parteiprinzip“:
Heilbronner Kommunalpolitik zwischen Restauration
und Reichsgründung

Sonderdruck aus:

Christhard Schrenk · Peter Wanner (Hg.)
heilbronnica 3
Beiträge zur Stadt- und Regionalgeschichte

Quellen und Forschungen zur Geschichte der Stadt Heilbronn 17
Jahrbuch für schwäbisch-fränkische Geschichte 35

2006
Stadtarchiv Heilbronn

Zwischen Honoratiorenwahlen und „Parteiprinzip“: Heilbronner Kommunalpolitik zwischen Restauration und Reichsgründung¹

DIRK REUTER

Die Analyse der „Formen bürgerlicher Herrschaft“ ist auf der Ebene einer württembergischen Mittelstadt wie Heilbronn gebunden an systematische Fragen nach der sozialen Struktur ihrer Trägerschaft. Es gibt jedoch gerade für das 19. Jahrhundert nur wenige zeitgenössische Texte von aktiv beteiligten Personen, die etwas von sich selbst bzw. ihre Meinung über andere Trägergruppen der Selbstverwaltung preisgeben. Diese Überlieferungen sind ganz seltene „Selbstaussagen“. Eine solche rare Überlieferung bildet die Grundlage der folgenden Darstellung.

Die „Affäre“ um den Stadtschultheißen Klett im Jahr 1851

Bei der im Frühsommer 1851 hohe Wogen schlagenden „Affäre“ um den Stadtschultheißen August Klett kam es zu einer in der Öffentlichkeit ausgetragenen Kontroverse zwischen dem Stadtoberhaupt und den bürgerlichen Kollegien. Dies alles geschah unter großer Beteiligung einer profilierten Fraktion der Bürgerschaft, die in publizierten Unterschriftensammlungen für ihr heftig attackiertes Stadtoberhaupt Partei ergriff und damit in begrenztem Maße ex negativo „Partei-nukleus“ wurde.

Die tiefere Ursache auch für die Heftigkeit der Kontroverse liegt in den im August 1849 gemachten Wahlvorschlägen der „demokratischen“ Partei. Sie kommentierte der nunmehr „Altliberale“ Klett am 20. Mai 1851 im autoritätsnahen, konservativen Heilbronner Tagblatt folgendermaßen:²

[Ich kann] vom materiellen Standpunkt aus aber bloß wiederholen [...], was ich schon oft gegen Mitglieder der bürgerlichen Kollegien sowohl, als gegen Andere geäußert habe, daß nämlich von der demokratischen Partei, als sie im August 1849 ihre Wahlvorschläge ausschließlich durchzusetzen im Stande war, und wirklich durchgesetzt hat, dadurch ein wesentlicher Fehler begangen worden seye, daß sie nicht eine, wenn auch kleinere Zahl von Männern der Gegenseite (welcher doch, wenn man bei der Wahrheit bleiben will, Intelligenz, große Erwerbsthätigkeit und Betheiligung an den öffentlichen Steuern und Abgaben, namhafter Vermögensbe-

¹ Erweiterte Fassung eines Vortrags im März 1997 in Heilbronn.

² Heilbronner Tagblatt vom 20. Mai 1851



August Klett (1799-1869)

sitz und dadurch erhebliches Interesse an der Gemeindeverwaltung nicht abgesprochen werden kann), in die bürgerlichen Kollegien gewählt habe, indem allein auf diesem Wege das gehörige Vertrauen zu den Vertretern der Stadt in allen Kreisen der hiesigen Einwohnerschaft zu erzielen gewesen wäre.

Ist hier fast in Reinform Kletts politisches Selbstverständnis ausformuliert – das eines als unabdingbar im Honoratioren-Milieu verankerten Politikstils –, das die gesinnungsmäßig aufgeladene Polarisierung und „Parteilichkeit“ der städtischen Gremien und der Stadtverwaltung im Verlauf der Revolution beklagt, so appelliert Klett noch einmal an die guten Erfahrungen seiner Mitbürger mit der vorrevolutionären Zeit, als diese Formierungen auf lokaler Ebene undenkbar waren.

Die informelle Herrschaft der „bewährten Männer“³ hatte 30 Jahre bestanden. An ihrer Stabilisierung hatte Klett schon seit jungen Jahren mitgewirkt. Trotz und wegen der formal bestehenden „Demokratie der selbständigen Bürger“, die die Formen der lokalen Herrschaftspraxis ganz im Sinne liberaler und weniger

³ Es erscheint anfangs nur sehr bedingt „liberales Credo“ gewesen zu sein, das zweijährige Mandat automatisch durch Austritt zu beenden, um eine „Lebenslänglichkeit“ des Stadtratsmandats zu verhindern. Es war zumindest keine notwendige Bedingung, permanent zu rotieren, um als „Liberaler“ gelten zu können.

liberaler Honoratioren im Vormärz legitimierte. In ihren historischen Grenzen – das betrifft den Ausschluss der Frauen und der juristisch und ökonomisch Unselbständigen – war dies eine „demokratische Elitenherrschaft“, weitgehend noch im Rahmen einer „face to face society“.

Aber nun, unter den „gewandelten Umständen“ des Nachmärz, so Klett weiter, „läßt sich jedoch, wie eine leidige Erfahrung zeigt, wahrhaftiges Vertrauen nicht pflanzen, und wollen wir daher nur hoffen, daß bei den im nächsten Monat und im Dezember dieses Jahres eintretenden Wahlen diese Erfahrung nicht als eine vergebliche erfunden werde.“⁴

Auf diese prononcierten Vorwürfe antwortete zunächst der mehrheitlich „demokratische“ Gemeinderat ein paar Tage später mit einer ebenfalls im Tagblatt publizierten Erklärung, in der der von Klett erhobene Vorwurf der pauschalen „Partheilichkeit“ des Gremiums gänzlich zurückgewiesen wurde. Und man fuhr fort:⁵

Wenn sodann, vielleicht auf indirekte Weise, gesagt werden wollte, daß Intelligenz, Gewerbsthätigkeit und Betheiligung an den öffentlichen Abgaben inmitten der bürgerlichen Collegien nicht zu finden und deswegen das Vertrauen zu den Vertretern der Stadt nicht in allen Kreisen zu erzielen gewesen, so bemerken wir, daß die Stellung des Vorstehers eines Collegiums nicht eine solche isolierte sein kann, daß er nicht an diesem Vertrauen oder Mißtrauen, Theil nehmen müßte. Wir erklären uns hiermit sämtlich bereit, von unserem Posten abzutreten, wenn auch der Herr Vorstand unserem Beispiel folgt, um der Bürgerschaft Gelegenheit zu geben, ihre Vertreter und deren Vorstand da zu suchen, wohin sie ihr Vertrauen gewendet hat. Eine Neuwahl wird der beste Maßstab für den Grad des Vertrauens der Bürger (wenn solches überhaupt in Frage gestellt werden wollte) zu ihren Vertretern und ihrem Vorstande an die Hand geben.

Diese Rechnung der „Demokraten“ sollte nicht aufgehen. Das revidierte Gemeindeedikt von 1849 hatte die Lebenslänglichkeit der Stadtschultheißen ja nicht angetastet, und die Position Kletts so allein schon „normativ“ abgesichert.

Alle gegen einen? Wenige gegen Viele!

Das Medium dieses von Zeitpunkt und Inhalt symptomatischen Konfliktes zwischen den ordentlichen Selbstverwaltungsorganen Heilbronnns waren einmal mehr die beiden Heilbronner Zeitungen: das Tagblatt und das Neckar-Dampfschiff. Die Auseinandersetzung war im Wesentlichen ein kommunalpolitisches Nachspiel der Revolution, das im Zusammenhang mit den Kosten für die militärische Besetzung der Stadt im Juni 1849 stand.

⁴ Heilbronner Tagblatt vom 20. Mai 1851

⁵ Heilbronner Tagblatt vom 25. Mai 1851

Die quasi institutionelle Konfliktlinie verlief recht geschlossen zwischen dem im August 1849 komplett neu gewählten Stadtrat⁶ und dem Bürgerausschuss auf der einen Seite versus Stadtschultheiß Klett auf der anderen Seite. Von den 18 Mitgliedern des Stadtrats unterzeichneten nur 16, der seit dem Revolutionsjahr 1848/49 als überzeugter „Demokrat“ ausgewiesene Friedrich Mayer, Apotheker von Beruf, und der eher liberal-konstitutionelle Kaufmann und Landtagsabgeordnete Carl Metz⁷ unterzeichneten nicht. Von den Bürgerausschussmitgliedern unterzeichneten nur Sauber und Winter, beides Weingärtner, nicht. Die vier hier namentlich genannten Mandatsträger enthielten sich aber auch einer öffentlichen Stellungnahme für Klett.

Als Reaktion auf die veröffentlichten Unmutsäußerungen der Repräsentanten beider Selbstverwaltungsgremien lässt sich auf der anderen Seite ein im direkten zahlenmäßigen Vergleich größerer Teil der Bürgerschaft ausmachen, die eine „Vertrauenserklärung für Klett“ in mehreren Folgen im Heilbronner Tagblatt erscheinen ließen. Es waren insgesamt 173 namentlich genannte Personen, die sich hinter August Klett stellten.⁸ Acht wollten öffentlich ungenannt bleiben, ihre Namen konnte der interessierte Leser aber bei der Redaktion erfragen.

Zur „soziologischen“ Analyse der Unterzeichner lässt sich kurz umreißen, dass ihr Schwerpunkt bei den Klett-Parteigängern eindeutig in der ökonomischen Oberschicht und im Establishment der Bildungsbürger lag – wie etwa Friedrich Kapffs (ein Gymnasiallehrer) Eintreten für Klett belegt, der 1848 noch als gemäßigter „Demokrat“ auftrat. Die extreme Häufung von Medizinern und Apothekern, Fabrikanten und Kaufleuten, die mehr als die Hälfte der Unterzeichner stellten, zudem das Erscheinen vieler Wirte (Heinrich, zur Sonne, Bauer, zum Adler) und das Auftreten wohlhabender, teilweise sehr reicher Handwerker⁹ aus den Lebensmittelbranchen auf der Interventionsliste für Kletts Position, lässt hier auch eine eindeutig sozioökonomisch untermauerte Frontstellung vermuten. Die

⁶ Diese Prozedur machte das revidierte Gemeindeedikt notwendig, da der neue Modus von nunmehr sechs Jahren Amtszeit eines Gemeinderatsmitglieds eines Einführungstermins bedurfte – im Gegensatz zur vormerk praktizierten zweijährigen Amtszeit bei der ersten Wahl und der lebenslänglichen Amtsperiode eines Gemeinderats nach der direkten Bestätigung bei einer zweiten Wahl. Nach dem neuen Verfahren mussten sechs der 1849 gewählten Gemeinderäte bereits nach zwei Jahren durch einen Losentscheid ausscheiden.

⁷ Metz war als Gemeinschaftskandidat des Fortschritts kurz zuvor in den Landtag gewählt worden, „obwohl 57 der 77 Wahlmänner 2. Klasse zur Volkspartei zählten und diese auch unter den Höchstbesteuerten einen soliden Rückhalt an Stimmen besaß“. Vgl. BRANDT, *Parlamentarismus* (1987), S. 156, eine Konstellation, die „eigentlich parteipolitischer Logik entbehre“.

⁸ Interessant erscheint hier, dass der ehemalige Märzminister Adolf Goppelt sich offensichtlich aus diesen lokalen Querelen ganz heraus hielt. Er kandidierte im Frühjahr 1851 im Wahlkreis Urach für den Landtag und wurde dort auch gewählt.

⁹ Dies ergab ein Abgleich mit den Vermögenswerten der einzelnen Familien in den von mir ausgewerteten Steuerbüchern 1800/1825.

Adlige (ohne nähere Angaben)	0	0,0 %
Offiziere	0	0,0 %
Hof- und Staatsbeamte	4	2,3 %
Geistliche, Pfarrer	0	0,0 %
Mediziner, Apotheker	12	6,9 %
Advokaten, Rechtsanwälte	3	1,7 %
Ingenieure, Architekten, Techniker	0	0,0 %
Professoren, Schul- und Universitätslehrer	3	1,7 %
Studenten, Schüler	0	0,0 %
Künstler	1	0,6 %
Bürgerliche Ämter	1	0,6 %
Bankiers, Partikuliers	0	0,0 %
Großkaufleute, Handelsleute	59	34,1 %
Fabrikanten	11	6,4 %
Verleger, Kunst- und Buchhändler, Buchdrucker	5	2,9 %
Wirte, Bierbrauer	5	2,9 %
Landwirte, Weingärtner	1	0,6 %
Handwerker, Kleinhändler	51	29,5 %
Städtische und kaufmännische Angestellte	1	0,6 %
Werkmeister	3	1,7 %
<hr/>		
Summe	173	100,0 %

Tabelle 1: Berufsprofil der „Klett-Unterstützer“

Repräsentanten der „Gemeindegenossenschaft“ in Gemeinderat und Bürgerausschuss zu dieser Zeit waren – was ihre durchschnittliche Vermögenslage betraf – zwar nur in geringem Maße mehr als zuvor „kleinbürgerlichen“ Zuschnitts, ihre wahlaktive Klientel war es aber allem Anschein nach im August 1849 in gesteigerter Form. Carl Metz, Höchstbesteuerter des Jahres 1851 und Gemeinderat, unterzeichnete gegen Klett nicht deshalb nicht, weil er „Höchstbesteuerter“ war, sondern aus einem subjektiv „politischen“ Motiv. Andere Stadträte, die dieses Kriterium der „Höchstbesteuerung“ 1851 auch ausfüllten, sprachen sich aus der gleichen allgmeinpolitischen Motivation, aber aus anderer Überzeugung eben gegen Klett aus.¹⁰

¹⁰ Wie der Bierbrauer/Küfer (Georg) Adam Able (Jg. 1806), der Ankerwirt Ferdinand Bauer (Jg. 1806), der Bäcker Bechtle, der Küfer Ferdinand Lang (1805), der Kaufmann Fr. Eduard Mayer (1809), der Seifensieder Volz, die sich alle gegen Klett aussprachen.

Adlige (ohne nähere Angaben)	0	0,0 %
Offiziere	0	0,0 %
Hof- und Staatsbeamte	0	0,0 %
Geistliche, Pfarrer	0	0,0 %
Mediziner, Apotheker	0	0,0 %
Advokaten, Rechtsanwälte	1	3,0 %
Ingenieure, Architekten, Techniker	0	0,0 %
Professoren, Schul- und Universitätslehrer	0	0,0 %
Studenten, Schüler	0	0,0 %
Künstler	0	0,0 %
Bürgerliche Ämter	0	0,0 %
Bankiers, Partikuliers	0	0,0 %
Großkaufleute, Handelsleute	2	6,1 %
Fabrikanten	1	3,0 %
Verleger, Kunst- und Buchhändler, Buchdrucker	1	3,0 %
Wirte, Bierbrauer	3	9,1 %
Landwirte, Weingärtner	8	24,2 %
Handwerker, Kleinhändler	16	48,5 %
Städtische und kaufmännische Angestellte	0	0,0 %
Werkmeister	0	0,0 %
<hr/>		
Summe	33	99,9 %

Tabelle 2: „Klett-Gegner“ – Berufsprofil der Mandatsträger in Gemeinderat und Bürgerausschuss 1851

Ein Vergleich der Listen von „Klettanhängern“ und Höchstbesteuerten der gesamten Bürgerschaft des Jahres 1851 zeigt aber eine aussagekräftige Korrelation zwischen diesem Vermögensstatus und einer Parteinahme für den Stadtschultheißen. August Kletts Position im Mai 1851 markiert die erste Wegmarke des Zerfalls des gemeinbürgerlichen „liberalen Milieus“ der Stadt, lange vor der effektiven parteipolitischen Spaltung der späten 1860er Jahre. Innerhalb der „städtischen Gesamtformation Bürgertum“ zeichneten sich somit tendenziell schon die Grundstimmungen der lokalen Mehrheiten und Minderheiten ab, die die späteren politischen Entwicklungen determinieren würden.

Rechtskonsulent August Klett, seit dem dramatischen März 1848 im Amt, gehörte seit den 1820er Jahren als Unterzeichner der „List-Petition“ zu den profiliertesten Vertretern der Stadtpolitik. Er war als zweimaliger Abgeordneter von 1831–33 und noch einmal bis 1838 Vertreter der Stadt im Landtag und als Nachfolger von Louis Hentges in der Paulskirche. Klett kann als der lokale Haupt-Initiator des Eisenbahnbaues gelten. Er amtierte bis 1869 als Stadtschultheiß, hat diese „Affäre“ politisch gewissermaßen „überlebt“.

Auch im Falle Kletts weisen ihn Herkunft und Tradition der Familie – wie schon bei seinem Vorgänger Heinrich Titot – als für ein öffentliches Amt in Heilbronn förmlich prädestinierten Menschen aus.¹¹ Seine Mutter Elisabeth war eine geborene Kornacher, eine Heilbronner Bürgermeistertochter. Sie heiratete den Arzt Christian Klett, der ursprünglich aus Urach stammte. August Kletts Vater war einige Zeit Leibarzt des Grafen von und in Erbach, wo August im Jahr 1799 auch geboren wurde. Ein Jahr später wurde sein Vater auf Empfehlung seines Onkels, Dr. Eberhard Gmelin, der als erster Stadtarzt in Heilbronn praktizierte, als dritter Stadtarzt berufen.

August Klett besuchte das Gymnasium und trat, offensichtlich der Theologie zuneigend, 1813 in das Evangelische Seminar in Schöntal ein, wo er zwei Jahre als zahlender Gastzuschüler zubrachte. Er wandte sich aber wieder von der Theologie ab. Am 27. November 1817 begann er ein Studium der Rechte in Tübingen. Er wohnte dort zusammen mit seinem Bruder Georg, der in bester Familientradition Medizin studierte, und mit Heinrich Titot bei dem mit der Familie Klett weitläufig verwandten Professor Gmelin. Hofrat Christian Gmelin lehrte die Jurisprudenz. Vor diesem Hintergrund ist es nicht sehr erstaunlich, dass August seine Prüfungen erfolgreich bestand. Er ließ sich 1825 als Rechtskonsulent in Heilbronn nieder und heiratete 1826 Elise Felizitas, die Tochter des Arztes Michael Parant des Moulins aus Frankfurt am Main. Sie hatten acht Kinder.

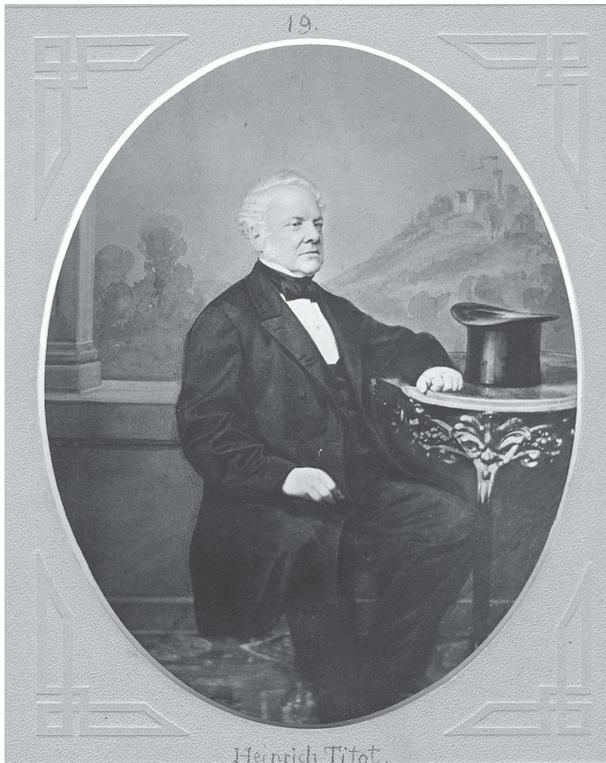
Bereits im Jahre 1828 wurde Klett zum Obmann des Bürgerausschusses¹² gewählt und bald darauf auch in den Stadtrat. In den 1830er Jahren als Abgeordneter im Landtag mit praktischen Erfahrungen „politischer Arbeit“ bereichert, bewegte er sich im Umfeld von Karl Christian Deffner und Andreas Wiest als gemäßigter Liberaler.

Im württembergischen Landtag wurden „Parteien“ in den 1830er Jahren hauptsächlich von der Regierungsseite definiert. In einem Bericht des Justizministers Schlayer vom Februar 1834 an den König wurden eine Oppositionspartei und eine Regierungspartei genannt. Die Oppositionspartei sah Schlayer mit den Auswirkungen der Juli-Revolution verbunden. Sie wurde zuweilen auch als Bewegungspartei bezeichnet. Zwischen den beiden großen Parteien sah er eine kleine Gruppe von „Juste-Milieu-Männern“, die jedoch keine wahre Partei bilde.

August Klett löste im März 1848 den amtsmüden und von der allgemeinen „Politisierungswelle“ überforderten Heinrich Titot als Stadtschultheißen ab. Von den abgegebenen Stimmen entfielen 911 auf Klett. Titot, der sich gar nicht beworben hatte, erhielt noch ansehnliche 407, und der dritte Rechtskonsulent im Bunde, Heinrich Feyerabend, erreichte mit 227 noch ein Achtungsergebnis.

¹¹ STEINHILBER, Stadtvorstände (IV), S. 2f.

¹² Ein bedeutendes Amt, das die Stellvertretung des Stadtschultheißen bei dessen plötzlichem Tod, Krankheit, Abwesenheit etc. mit einschloss.



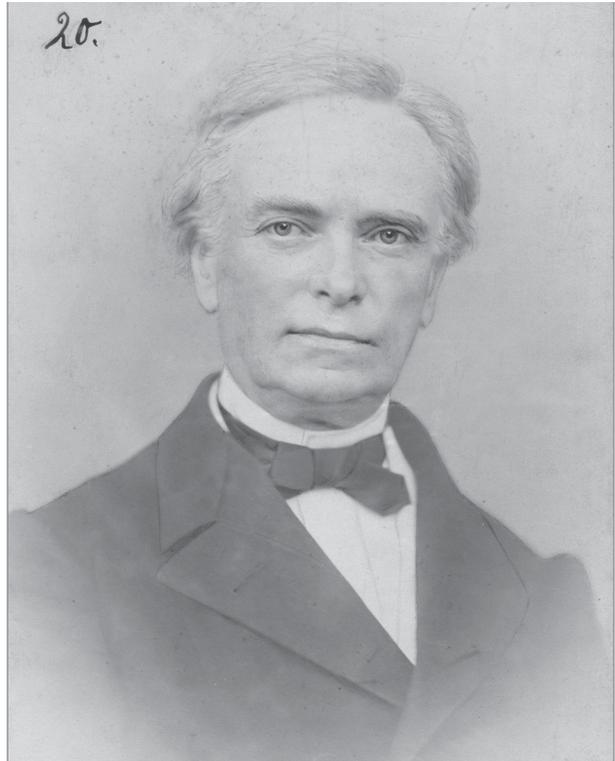
Heinrich Titot (1796-1871)

August Klett nahm die Wahl an, am 3. Mai wurde er vom König bestätigt. Er löste den nur wenig älteren Titot am 16. Mai 1848 ab. Es folgten die sicher bewegtesten Zeiten der Stadtgeschichte Heilbronn im 19. Jahrhundert, zu deren Spätfolgen auch die „Affäre Klett“ zählte.

Im Herbst 1868 suchte der nun 69-jährige Klett um seine Pensionierung nach, da er sich dem Amt gesundheitlich nicht mehr gewachsen fühlte. Die bürgerlichen Kollegien bewilligten ihm ein lebenslangliches Ruhegehalt von 1500 fl. jährlich. Bereits Anfang Mai 1869 litt er schwer unter einer Lungenentzündung, am 13. Mai erlag er dieser Krankheit.

Zwischen Frühliberalismus und latenter „Parteibildung“

In gewisser Weise beginnt das „demokratische Zeitalter“ Heilbronn – ohne den biographischen Bezug allzu sehr strapazieren zu wollen – mit dem Eintritt von



Adolf Goppelt (1800-1875)

August Klett in den Stadtrat am Ende der 1820er Jahre, als nach den langen Jahren staatlicher Intervention betreffend das „Regimentspersonal“ der Stadt eine neue politische Generation¹³ die kommunale Selbstverwaltung neu erfinden musste. Waren bis zur Mitte der 1820er Jahre und auch noch darüber hinaus einige Magistrate im Stadtrat, die während der staatlichen Vormundschaft bis 1817 auf Lebenszeit ernannt worden waren, so kristallisierte sich seit dieser Zeit auch langsam eine neue, allein durch die persönliche Wahl mit der Bürgerschaft verbundene und potentiell mehrheitsfähige Gruppe von lokalen Mandatsträgern heraus. Zu deren herausragenden Persönlichkeiten können neben Klett noch die Kaufleute Carl Metz (1799–1869) und insbesondere Adolf Goppelt (1800–1875) gezählt werden, die zu Integrationsfiguren des bürgerlichen Lagers der

¹³ Zum theoretischen Hintergrund vgl. JAEGER, Generationen (1977); FOGT, Politische Generationen (1982)

Stadt bzw. neuer Fraktionierungen wurden. Der Letztgenannte wurde 1832 zum ersten Mal in den Stadtrat gewählt, nachdem sein älterer Bruder Heinrich im Bürgerausschuss den Namen Goppelt schon bekannt gemacht hatte.

Gerade dieses Auftreten eines fest umrissenen Personenkreises am Ende der 1820er Jahre in den bürgerlichen Kollegien weist die Gemeindewahlen seit dieser Zeit als das praktische Übungsfeld des frühen Liberalismus¹⁴ und seiner genuin stadtbürgerlichen Exponenten aus. Ihre Biographien bilden hier im Wesentlichen den zeitlichen Rahmen der Darstellung. Bemerkenswert ist zudem, dass auch der in der nachfolgenden Zeit bei Wahlen aktiv werdende Bürgerverein im Jahre 1828 gegründet worden war. Hier offenbaren sich Zusammenhänge von zeitspezifischen Organisationsprozessen mit dem Auftreten einer recht gut fassbaren Gruppierung, ohne dass es von der Quellenlage her möglich wäre, programmatische Äußerungen zur Ausdifferenzierung schon einigermaßen fest umrissener politischer Gruppen zu diskutieren – falls es solche überhaupt gegeben hat, was bezweifelt werden muss. Eines ist jedoch sicher: Eine neue politische Generation betrat die lokale Arena, bestehend aus gerade einmal dreißig Jahre alten Männern, die ihre Sozialisation in einer Zeit erlebt hatten, in der viele Gewissheiten verloren gegangen waren und in der sich eine neue politische Kultur und ein neuer Stil durchzusetzen begannen. Dieser Personenkreis war zwar in vielerlei Hinsicht mit den sozialen Merkmalen der stadtpolitischen Tradition behaftet, er verfügte aber in dieser Phase über die Chance, über die langen Schatten der Vergangenheit zu springen und ein neues Netzwerk zu knüpfen, das die alten Gräben überdeckte. In diesem neuen Koordinatensystem der Lokalpolitik entdeckten die neuen Kräfte mit der Eisenbahnpolitik in den 1830er und 1840er Jahren bald das Medium der Integration allgemeiner städtischer Interessen und individueller Profilierung.

Auswahl und Wahlprozeduren

Die Grundzüge der Kommunalwahlen im Heilbronner Vormärz, der am Ende der 1820er Jahre beginnt, sind von einem exzeptionell freizügigen und sozioökonomisch relativ umfassenden kommunalen Männer-Wahlrecht bestimmt. Die nun periodischen Wahlhandlungen markierten ein Betätigungsfeld sozialaktiver Personen, für die Reputation und politischer Einfluss unabdingbare Voraussetzungen ihrer Lebensführung waren, oder die sicherlich auch manches Mal bloß von ihren Mitbürgern in ein Amt gedrängt wurden. Der sinnfälligste Ausdruck ihres persönlichen Ansehens waren die nach Wahlen – wenngleich auch selten – in der Zeitung publizierten Stimmenanteile. Dies war ein neuer Maßstab für das soziale Ansehen, der weitreichende moralische Verpflichtungen mit sich brachte.

¹⁴ Vgl. GALL, Gesellschaft (1993), S. 64–67, zum Diskussionsstand der „Liberalismusforschung“

Die Kommunalwahlen folgten im Allgemeinen dem Muster der Landtagswahlen. Den wahlberechtigten Bürgern wurde jeweils dieses politische Privileg mitgeteilt, zudem wurden regelmäßig Wahllisten erstellt, die dann öffentlich ausgelegt werden mussten. Bis zum Jahre 1849 wählten die Aktivbürger – ohne die in Gantfälle verwickelten Personen bzw. aktuellen Armenhilfeempfänger – die ihnen politisch genehmen Kandidaten aus den ihnen geeignet erscheinenden Mitbürgern aus. Wie diese Vorauswahl vonstatten ging, bleibt weitgehend im Dunkeln. Erst seit der Mitte der 1830er Jahre wurden Vorschlagslisten die Regel.

Die Stimmzettel konnten zu Hause ausgefüllt werden, die Stimmbürger konnten aber ihre Wahl der Wahlkommission auch mündlich mitteilen. Die Wahlkommission hatte sich zu den anberaumten Zeiten auf dem Rathaus einzufinden, um eventuell auch die zu einem anderen Zeitpunkt hinterlegten Wahlzettel zu sammeln.

Die Wahlen fanden gewöhnlich an Werktagen statt und bündelten sich in Heilbronn in der Regel Ende Juni, im Juli oder, seltener, im August. So konnte man von Montag 8 bis 12 Uhr und von 14 bis 18 Uhr wählen, oder am darauf folgenden Dienstag und Mittwoch jeweils noch einmal von 8 bis 12 Uhr, wie dies für 1845 überliefert ist. Die Wahlhandlung war ein zutiefst säkularisierter Akt, der den Sonntag nicht entehrte. Die Wahlkommission bestand statutengemäß aus dem Stadtschultheißen, dem nach der Sitzordnung „ältesten“ Gemeinderat und dem Obmann des Bürgerausschusses.¹⁵

Die Häufigkeit der Kommunalwahlen trug sicherlich in nicht unbeträchtlichem Maße zu einer gewissen Wahlmüdigkeit bei. Es musste gewählt werden, wenn ein Mitglied der Kollegien starb, wegzog, zurücktrat oder nach seiner nur zweijährigen Amtsperiode ausschied. Im Jahresrhythmus musste zudem regelmäßig eine Hälfte des Bürgerausschusses erneuert werden.

Die Wahlbeteiligung bei Stadtratswahlen in den 1830er und 1840er Jahren lag in Heilbronn gewöhnlich zwischen 60 und 80%. Die überlieferten Zahlen schwanken zwischen einem Minimum von 700 abstimmenden Bürgern in den Jahren 1832 und 1837 und dem Höchststand von 950 bei einer Wahl 1839. Diese Marge wurde auch nicht mehr übertroffen, als es in politisch bewegten Zeiten zur Wahl ging. So erschienen im Juni 1849, in einer Hochphase politischer Mobilisierung, auch nur 865 Wahlberechtigte an den Urnen, die zu diesem Zeitpunkt gerade eingeführt worden waren. Die überlieferten Zahlen belegen somit eine tendenziell „interessierte“ politische Gemeinde Heilbronn im Vormärz, während die 1830er Jahre ansonsten als die Zeit politischen Winterschlafes in Württemberg gelten,¹⁶ und übertrafen die Wahlbeteiligungen des Reaktions-

¹⁵ ZELLER, Handbuch (1857), § 57

¹⁶ Vgl. die sehr viel dichteren Befunde in Ulm bei WAIBEL, Gemeindewahlen (1991), S. 306 f., der schlechthin Desinteresse an Gemeindewahlen konstatiert.

jahrzehnts der 1850er Jahre und auch der frühen 1860er Jahre bei weitem, die zumeist nur 600 Wahlgänger aufwiesen.¹⁷

Formal bestand nach strenger Auslegung des Verwaltungsedikts ein gesetzlich vorgeschriebener Wahlzwang. Wer von seinem Stimmrecht keinen Gebrauch machte, konnte zumindest theoretisch wegen staatsbürgerlichen Ungehorsams mit einer Geldbuße bestraft werden. Die bei den Stadtschultheißenwahlen geforderte Mindestwahlbeteiligung von zwei Dritteln wurde jedoch bei den Wahlen der Selbstverwaltungsgremien von der staatlichen Aufsicht anscheinend nicht ganz so ernst genommen. Dieses Quorum wurde bei den Stadtratswahlen nicht immer und bei den Bürgerausschusswahlen, soweit die bekannten Zahlen diese mitbetrafen, ebenfalls nicht regelmäßig erreicht. Und obwohl immer wieder einmal öffentlich gemachte Klagen über die Wahlfaulheit der Mitbürger in den Zeitungen publiziert wurden¹⁸, kann Heilbronn eher den Rang einer „guten Stadt“ im Sinne des Gemeindegedikts behaupten, da die Wähler zumindest im Vormärz zumeist in der Mehrheit waren. Dies war in Württemberg nicht überall so, denn es gab vielfach regierungsamtliche Interventionen, die die Wiederholung von Kommunalwahlen einklagten.¹⁹

In der zweiten Jahrhunderthälfte war eine Wahl nur dann gültig, wenn am ersten Wahltermin, das konnten mehrere Tage sein, mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten abgestimmt hatte. Wurde diese Marke nicht erreicht, so entschied eine Nachwahl ohne Berücksichtigung der dann erreichten Quote. Die für Heilbronn nur sporadisch überlieferten Zahlen der Wahlbeteiligung differenzieren nicht explizit zwischen den Stadtrats- und Bürgerausschusswahlen der genannten Jahre. Es ist daher für den Vormärz nicht möglich, die politische Wertigkeit der beiden bürgerlichen Kollegien in der Auffassung der wirklichen Stimmwählerschaft zu eruieren.

Die Gewichtung der beiden Kollegien kann also zunächst nur indirekt über eine langfristige Analyse der sozialen Zusammensetzung der Mandatsträger beider Gremien erfolgen.²⁰

Die vom ökonomischen Status besonders heterogene Gruppe der Kaufleute, die in der Berufspraxis vom Bankier und Fabrikanten zum Groß- und Einzelhändler reichte, zeigt über den ganzen Zeitraum und für beide Gremien fast

¹⁷ Vgl. Heilbronner Tagblatt vom 24. Juni 1857 oder die Meldungen vom 1. Juli 1862 in der Neckar-Zeitung.

¹⁸ Heilbronner Tagblatt vom 23. Juni 1857

¹⁹ WAIBEL, Gemeindegewahlen (1991), S. 306f.

²⁰ Das Verfahren zur Ermittlung der Mandatsträger als singulärer Person war höchst aufwendig und zeitraubend, da es in vielen Fällen unmöglich schien, die überlieferten Namen Individuen zuzuordnen. Die Heilbronner Besonderheit besteht darin, oftmals weder einen Vornamen noch einen Beruf von Mandatsträgern anzuführen. Für wenige Einzelfälle, die bei einer so langfristigen Strukturanalyse kaum ins Gewicht fallen, kann es daher keine garantierte Sicherheit für die jeweilige Berufszuordnung geben.

Staatsbeamte	1	0,3 %
Geistliche, Pfarrer	0	0,0 %
Mediziner, Apotheker	6	2,1 %
Advokaten, Rechtsanwälte	9	3,1 %
Ingenieure, Architekten, Techniker	0	0,0 %
Professoren, Schul- und Universitätslehrer	0	0,0 %
Studenten, Schüler	0	0,0 %
Künstler	6	2,1 %
Bürgerliche Ämter	0	0,0 %
Bankiers, Partikuliers	1	0,3 %
Kaufleute, Handelsleute	59	20,6 %
Fabrikanten	10	3,5 %
Verleger, Kunst- und Buchhändler, Buchdrucker	4	1,4 %
Wirte, Bierbrauer	14	4,9 %
Landwirte, Weingärtner	35	12,2 %
Handwerker, Kleinhändler	125	43,7 %
Städtische und kaufmännische Angestellte	2	0,7 %
Arbeiter, abhängig Beschäftigte	13	4,5 %
Ohne Angaben	1	0,3 %
Summe	286	99,7 %

Tabelle 3: Berufsprofil der Bürgerausschussmitglieder 1819 bis 1884²¹

gleichbleibende, hohe Anteile. Ohne sie lief in beiden Gremien – im Sinne einer „Sperrminorität“ – wahrlich fast nichts.

Der Handwerkeranteil im Stadtrat bleibt trotz leichter Abnahme in beiden Betrachtungszeiträumen verhältnismäßig stabil. Mit 43 % ist sein Anteil im Bürgerausschuss nahezu dominant. In jeder Hinsicht „beherrschten“ also Kaufleute und Handwerker strukturell die Selbstverwaltungsgremien der Stadt. Die nur summarisch beschreibende Kategorie „Handwerk“ kaschiert zunehmende ökonomische Ausdifferenzierungen, branchenintern und zwischen den einzelnen Handwerkszweigen. Eine Detailanalyse der „ratsfähigen“ Handwerker ergibt ein ganz eindeutiges Bild. Es dominierten die wohlhabenden Lebensmittelhandwerke (Metzger, Bäcker, Konditoren) und insbesondere das Küfergewerbe und das lederverarbeitende Handwerk (Rotgerberei).²² Eine Spitzenposition in dieser Kategorie übernahmen in zunehmendem Maße die Bauhandwerker verschiedener Spar-

²¹ In diesem Personensample sind auch „Auf- bzw. Absteiger“ in bzw. aus dem Stadtrat enthalten.

²² Der überregional bedeutende Ledermarkt der Stadt spiegelt sich darin wider. Vgl. HELLWIG, Raum (1970), zur Marktbedeutung Heilbronn.

Staatsbeamte	4	4,2 %
Geistliche, Pfarrer	0	0,0 %
Mediziner, Apotheker	2	2,1 %
Advokaten, Rechtsanwälte	8	8,4 %
Ingenieure, Architekten, Techniker	0	0,0 %
Professoren, Schul- und Universitätslehrer	0	0,0 %
Studenten, Schüler	0	0,0 %
Künstler	0	0,0 %
Bürgerliche Ämter	2	2,1 %
Bankiers, Partikuliers	0	0,0 %
Großkaufleute, Handelsleute	24	25,3 %
Einzelhändler	0	0,0 %
Fabrikanten	0	0,0 %
Verleger, Kunst- und Buchhändler, Buchdrucker	1	1,1 %
Wirte, Bierbrauer	9	9,5 %
Landwirte, Weingärtner	12	12,6 %
Handwerker, Kleinhändler	32	33,7 %
Städtische und kaufmännische Angestellte	0	0,0 %
Arbeiter, abhängig Beschäftigte	1	1,1 %
Ohne Beruf	0	0,0 %
Ohne Angaben	0	0,0 %
Summe	95	100,1 %

Tabelle 4: Berufsprofil der Stadträte nach altem Wahlmodus (1819 bis 1849)²³

ten²⁴, die in Heilbronn als „Werkmeister“ figurierten und insbesondere nach dem Beginn des wirtschaftlichen Aufschwunges der 1860er Jahre zu regelrechten Bauunternehmern im modernen Sinne wurden, auch was die Interessenkollisionen von Mandat und Geschäft betraf.²⁵

Die Deckungsgleichheit der Merkmale „Stadtratssitz“ und „Höchstbesteuerung“ war bei den Handwerkern fast vollkommen. Die wenigen Ausnahmen betrafen hier die Regel, dass gerade langjährige Mandatsträger des Gewerbestan-

²³ Hier sind die sogenannten „Lebenslänglichen“ enthalten.

²⁴ Das konnten ursprünglich Zimmermeister bzw. auch Maurermeister sein.

²⁵ Die Analyse des Adressbuches von 1875 ermöglicht einen problemlosen Überblick: Die Werkmeister Carl Linsenmayer, Heinrich Albrecht (der II.) und Heinrich Treudt besitzen, in dieser Reihenfolge einer gruppeninternen Besitzhierarchie, eine stattliche Anzahl von Grundstücken und Häusern. Im Übrigen muss eine Detailstudie dieses Problems der Zukunft vorbehalten bleiben.

Staatsbeamte	0	0,0 %
Geistliche, Pfarrer	0	0,0 %
Mediziner, Apotheker	1	1,4 %
Advokaten, Rechtsanwälte	5	6,8 %
Ingenieure, Architekten, Techniker	0	0,0 %
Professoren, Schul- und Universitätslehrer	0	0,0 %
Studenten, Schüler	0	0,0 %
Künstler	0	0,0 %
Bürgerliche Ämter	2	2,7 %
Bankiers	1	1,4 %
Kaufleute, Handelsleute	14	18,9 %
Fabrikanten	7	9,5 %
Verleger, Kunst- und Buchhändler, Buchdrucker	1	1,4 %
Wirte, Bierbrauer	7	9,5 %
Landwirte, Weingärtner	10	13,5 %
Handwerker, Kleinhändler	21	28,4 %
Städtische und kaufmännische Angestellte	0	0,0 %
Arbeiter, abhängig Beschäftigte	4	5,4 %
Ohne Angaben	1	1,4 %
Summe	74	100,3 %

Tabelle 5: Berufsprofil der Stadträte nach neuem Wahlmodus (1849 bis 1884)²⁶

des fast ausschließlich sehr gut situierte Personen waren. Die Ausbildung einiger „Ratsdynastien“ ist gerade im Handwerksmilieu (Kieß, Kögel, Linsenmayer, Zehender) häufiger zu beobachten als etwa bei den Kaufleuten. Die „Massenhandwerke“ der Schneider, Schuhmacher und Schlosser waren insbesondere in den 1830er und 1840er Jahren im Bürgerausschuss – im Vergleich zu ihren sonstigen Anteilen – fast „überrepräsentiert“, stellten jedoch in Anbetracht ihrer zahlenmäßigen Bedeutung innerhalb der Bürgerschaft langfristig nur sehr wenige Mitglieder auch in dem untergeordneten Gremium.

Die Weingärtner steigerten ihren Anteil im Stadtrat über den im Bürgerausschuss hinaus und bewiesen damit ihre Fähigkeit zur durchschlagkräftigen Klientelbildung und ihren politischen Behauptungswillen. Die sozialen und ökonomischen Bedeutungsverluste konnten sie am ehesten im Medium politischer Repräsentation kompensieren.

²⁶ In dieser Gruppe sind einige Stadträte aus der ersten Phase (vor dem August 1849) wieder enthalten.

Der Anteil der Rechtsanwälte (Konsulenten) war im Stadtrat im Vergleich zum Kontrollgremium Bürgerausschuss mehr als doppelt so hoch, und der Anteil der Fabrikanten verhielt sich bezeichnenderweise in der Tendenz ganz ähnlich. Das sind eindeutige Indizien für den Macht- und Prestigegehalt der Kollegienmandate. Dass im ersten Betrachtungszeitraum „Fabrikanten“ im Stadtrat nicht auftauchten, lag zum einen an der fluktuierenden Selbstbezeichnung, die zumeist den „Handelsmann“ präferierte. Zum anderen lag es in der Tat daran, dass in der zweiten Jahrhunderthälfte einige aus dem Handwerk stammende bzw. mit handwerklicher Ausbildung versehene mittelständische Fabrikherren (Friedrich Michael Münzing, Johann Georg und Christian Wilhelm Dittmar) nun eher dazu neigten, den vormals sozial noch nicht sehr signifikanten Berufstitel demonstrativ anzuführen.

Auch eine traditionell wirtschaftlich starke Gruppe wie die der Wirte und Bierbrauer war im Magistrat stärker repräsentiert als im Bürgerausschuss, und sie konnte diesen Anteil zudem in der Zeit nach 1849 erheblich steigern. In ihrer Multiplikatorenfunktion wohl kaum zu überschätzen, könnte man in diesem Kontext über vieles spekulieren. Die diffuse Einflussnahme oder auch die regelrechte Bestechung durch Freibier-Aktionen darf man hier als Gründe nicht ausschließen, genauso wenig aber die Sympathiewerte eines Berufsstandes, der davon lebte, zu jedermann verbindlich zu sein. Die Krönung dieses Phänomens war die Wahl von Löwenwirt Louis Hentges in die Paulskirche.

Auffällig ist, dass die im Stadtrat vor 1849 vertretenen „Staatsbeamten“²⁷, aus verwaltungstechnischen Gründen bevorzugt qua Amt die Oberamtspfleger und Stiftungspfleger, nach der Revolution kaum mehr ein Mandat erlangen konnten – ein Hinweis auf die zunehmende „Politisierung“ des Gremiums nach der Revolution und für die in der Stadtbürgerschaft vorherrschende Meinung, dass das Rathaus kein politikfreier Raum sein konnte.

In jedem Fall ist eine gewisse personelle Konzentration der Mandate festzuhalten. Gelang es von 1819 bis zur Revolution 1848/49 noch insgesamt 95 Personen, in den Magistrat zu kommen, so reüssierten im Zeitraum von 1849 bis 1884 – trotz der zeitlich etwas längeren Erhebungsspanne – nur noch 74 Bewerber. Allerdings muss hier auch die verlängerte Mandatsdauer von sechs Jahren beachtet werden.

Ambitionen

Die Befristung des Mandats im Gemeinderat und im Bürgerausschuss auf zunächst nur zwei Jahre erleichterte es manchem, der keine weitergehenden politischen Ambitionen hatte, auch einmal das Wagnis eingehen, sich politisch zu be-

²⁷ Die Zuordnung zum Staat, statt zur Stadt, ist mehr ihrer Funktion geschuldet als ihrem konkreten Arbeitsumfeld.

tätigen. Die individuelle Motivation wird aber zum ganz überwiegenden Teil das Geheimnis der hier untersuchten Mandatsträger und der Kandidaten der überlieferten Vorschlagslisten bleiben. Aufgedeckt werden können hier nur sozioökonomische Strukturen und, begrenzt, „allgemeinpolitische“ Zusammenhänge. Die meisten der betrachteten Personen bleiben, trotz der dichten Befunde hinsichtlich ihrer Aktivitäten, ihrer messbaren Präsenz in den Kollegien oder auf den Vorschlagslisten, in ihrer individuellen politischen Weltanschauung ziemlich dunkel.

Ein sich aufdrängender Zusammenhang ist die Frage nach der Beziehung zwischen Mandat und ökonomischer Position. Die alte Frage nach der individuellen Abkömmlichkeit spiegelt sich darin wider. Da Dienst Einkommen und Einkommen der freien Berufe in Württemberg erst seit 1852 besteuert wurden, waren hier für manche Berufsgruppen nur sehr begrenzte Aussagen möglich. Die Häufung des Merkmals „Höchstbesteuerte und Mandatsträger“ war aber in jeder Hinsicht auffällig, und dies über den gesamten Betrachtungszeitraum.

Gerade dem von Klett attackierten „demokratischen“ Stadtrat von 1849 gehörten keineswegs in einem irgendwie bedeutsamen Ausmaß weniger „Höchstbesteuerte“ als seinen Vorgängern in den 1830er oder 1840er Jahren an – vergleicht man etwa den Stadtrat von 1844 mit der Wähler-Liste 1. Klasse der Landtagswahl des gleichen Jahres, dann ergibt sich eine Quote an Höchstbesteuerten wie im Jahre 1851, nämlich 44%. In der Regel waren vor dem Jahr 1848 immer etwas weniger als die Hälfte der Stadträte auch privilegierte Erstwähler bei den Landtagswahlen – eine Quote, die so auch im Wesentlichen in den 1830er Jahren schon bestand, aber in den 1860er Jahren auf noch höherem Niveau fortgeführt wurde. Die Überprüfung einzelner Stichjahre ergab erhebliche Ausschläge nach oben – so waren im Stichjahr 1862 nicht weniger als 72% der auf sechs Jahre gewählten Mandatsträger auch „Höchstbesteuerte“.

Dieser Trend stabilisierte sich in den 1870er Jahren zusehends: Die politische Führungsgruppe rekrutierte sich in ansteigendem Maße aus der ökonomischen Oberschicht. Sieht man von den Spitzenwerten einzelner Jahre ab, so lässt sich festhalten, dass rund die Hälfte der Stadträte im Betrachtungszeitraum auch Höchstbesteuerte waren. Da es für die Zeit nach der Reichsgründung keine Quelle gibt, die mit den Höchstbesteuertenlisten vergleichbar wäre, sind Aussagen über den wirtschaftlichen Status der dann neu auftauchenden Mandatsträger nur sehr vermittelt möglich.

Die hier, aufs Ganze gesehen, durchscheinende starke Korrelation von „Reichtum und Rat“ lässt das Etikett „plutokratisch“ durchaus angemessen erscheinen. Die wirtschaftliche Abkömmlichkeit bzw. die weitgehende Saturiertheit erweist sich damit als eine wichtige, wenn nicht eine notwendige Bedingung, um an der Selbstverwaltung zu partizipieren. Denn diese Teilhabe, daran kann es keinen Zweifel geben, kostete Zeit. Das Phänomen, dass langjährige Gemeinderäte ihr Amt zu einem lukrativen Nebenerwerb gestalteten, wurde nicht skandalisiert. Insofern gibt es keine Anhaltspunkte für Verfehlungen. Die bei Amtshandlungen

	1843		1875	
Staatsbeamte	1	5,0 %	0	0,0 %
Geistliche, Pfarrer	0	0,0 %	0	0,0 %
Mediziner, Apotheker	0	0,0 %	0	0,0 %
Advokaten, Rechtsanwälte	0	0,0 %	1	5,3 %
Ingenieure, Architekten, Techniker	0	0,0 %	0	0,0 %
Professoren, Schullehrer	0	0,0 %	0	0,0 %
Studenten, Schüler	0	0,0 %	0	0,0 %
Künstler	0	0,0 %	0	0,0 %
Bürgerliche Ämter	2	10,0 %	1	5,3 %
Bankiers, Partikuliers	0	0,0 %	0	0,0 %
Großkaufleute, Handelsleute	3	15,0 %	4	21,0 %
Einzelhändler	0	0,0 %	0	0,0 %
Fabrikanten	0	0,0 %	2	10,5 %
Verleger, Kunst- und Buchhändler, Buchdrucker	0	0,0 %	0	0,0 %
Wirte, Bierbrauer	0	0,0 %	4	21,0 %
Landwirte, Weingärtner	3	15,0 %	1	5,3 %
Handwerker, Kleinhändler	9	45,0 %	2	10,5 %
Städtische und kaufmännische Angestellte	1	5,0 %	0	0,0 %
Werkmeister (selbständig)	1	5,0 %	3	15,8 %
Ohne Angaben	0	0,0 %	1	5,3 %
Summe ²⁸	20	100,0 %	19	100 %

Tabelle 6: Berufsprofil der Stadträte 1843 und 1875 im Vergleich²⁹

fälligen Gebühren konnten sich langfristig ganz hübsch aufsummieren. Ein Grund mehr für August Klett, die Teilnahme von Männern einzufordern, die auf solche „Sportelschnapperei“ verzichten konnten, um das Ansehen der Verwaltung nicht zu beschädigen. Man darf ihn in diesem Anliegen wohl sehr ernst nehmen.

Die Trends, die sich in der sozioökonomischen Zusammensetzung der Oberschicht abzeichneten, sind dabei allerdings nur vermittelt auch in der Zusammensetzung der Kollegien zu sehen. Es kann jedoch festgestellt werden, dass das Handwerk generell in der Oberschicht wie auch, gemessen in seinem relativen Repräsentationsanteil, im Gemeinderat an Bedeutung verlor. Zwar konnte das Handwerk gerade in den 1840er Jahren viele Vertreter im Stadtrat platzieren

²⁸ Die beiden Summen, die die reguläre Mandatszähl überschreiten, erklären sich aus zeitlichen Überschneidungen, die nicht aufgelöst werden konnten.

²⁹ Die Wahl der Stichjahre folgt hier den Erscheinungsjahren der Adressbücher, um eine möglichst sichere Zuordnung eines Mitglieds zu einer ökonomischen Position zu erlangen.

	1838		1862	
Staatsbeamte	1	0,7%	2	1,2%
Geistliche, Pfarrer	0	0,0%	0	0,0%
Mediziner, Apotheker	3	2,1%	3	1,8%
Advokaten, Rechtsanwälte	0	0,0%	0	0,0%
Ingenieure, Architekten, Techniker	0	0,0%	0	0,0%
Professoren, Schul- und Universitätslehrer	0	0,0%	0	0,0%
Studenten, Schüler	0	0,0%	0	0,0%
Künstler	0	0,0%	1	0,6%
Bürgerliche Ämter	3	2,1%	4	2,4%
Bankiers, Partikuliers	0	0,0%	1	0,6%
Großkaufleute, Handelsleute	56	39,7%	79	47,0%
Einzelhändler	0	0,0%	0	0,0%
Fabrikanten	6	4,3%	12	7,1%
Verleger, Kunst- und Buchhändler, Buchdrucker	2	1,4%	2	1,2%
Wirte, Bierbrauer	15	10,6%	14	8,3%
Landwirte, Weingärtner	6	4,3%	6	3,6%
Handwerker, Kleinhändler	41	29,1%	33	19,6%
Städtische und kaufmännische Angestellte	2	1,4%	2	1,2%
Werkmeister (selbständig)	3	2,1%	7	4,2%
Ohne Beruf	0	0,0%	0	0,0%
Ohne Angaben	2	1,4%	1	0,6%
Summe	141	99,9%	168	100,0%

Tabelle 7: Berufsprofil der „Höchstbesteuerten“ 1838 und 1862³⁰

und damit seinen politischen Bedeutungszuwachs in dieser ökonomischen Krisenphase dokumentieren. Es büßte aber in der zweiten Jahrhunderthälfte im Magistrat zusehends an Gewicht ein. Das Handwerk gab seinen effektiven gemeindepolitischen „Mitbestimmungsanteil“ einerseits an Fabrikanten und Bankiers und an die ökonomisch Unselbständigen andererseits ab. Das lag zum einen an den Wachstumsprozessen demographischer und ökonomischer Natur, die sich auch in der sozialen Zusammensetzung der politisch berechtigten Gemeindemitglieder niederschlugen, in der der selbständige Handwerkeranteil weitgehend stagnierte. Verschärfend kam hier sicherlich hinzu, dass die Mandatszahl der Kollegien auf 18 beschränkt blieb und erst an der Jahrhundertwende auf 20 Sitze aufgestockt wurde.

³⁰ Hier wurden die zeitlich am weitesten voneinander entfernt liegenden Primärwähler-Listen herangezogen, die zur Verfügung standen.

Stadtrat und Bürgerausschuss: Figuren und Konstellationen

Gab es nicht irgendwelche amtlichen, satzungswidrigen Auffälligkeiten, fristeten die Mandatsträger eine weitgehend anonyme Existenz, aus der sie hier kaum „erlöst“ werden können. So muss vieles offen, ungeklärt bleiben. Wie in dem Fall, als der königliche Poststallmeister und Falkenwirt Schmalzigaug, im Juni 1836 in den Stadtrat gewählt, laut Generalpostdirektion ohne nähere Angaben von Gründen seine Stelle nicht antreten durfte.³¹ Schmalzigaug blieb dadurch auf sein politisches Privileg als Höchstbesteuerter bei den Landtagswahlen als Wähler 1. Klasse beschränkt. Die daraufhin anberaumte Neuwahl gewann der ebenfalls höchstbesteuerte Bierbrauer Gschwend gegen den Rechtskonsulenten August Strauß.³² Diese hier zugewählte Berufssequenz, vom staatlicherseits abgelehnten Wirt zum neuerlich vom Wahlvolk bestätigten Bierbrauer, verweist auf den Hintergrund berufsständischer Repräsentanz, die in diesem wichtigen Gremium, stillschweigend nach fein austariertem Verteilungsschlüssel ausgeformt, ganz offensichtlich gewahrt bleiben sollte. Dies spricht auch für eine effiziente Vorauswahl der Kandidaten.

Strauß kandidierte, von „mehreren Bürgern“ öffentlich vorgeschlagen³³, wenige Zeit später wieder für den Bürgerausschuss und wurde berufen. Er bekleidete in den 1830 und 1840er Jahren und noch einmal in den 1860ern mehrmals die Obmannposition im städtischen „Kontrollgremium“, das eigentlich aufgrund seines frühzeitigen Funktionsverlustes³⁴ nie mehr war als ein Anhängsel des Stadtrats, gelangte aber auch zweimal, 1836 und 1855, zu einem Stadtratsmandat. Strauß war es, der von dem 1849 aus dem Dienst entlassenen Stadtpflegebuchhalter Wilhelm Schweikert, einem im Sommer 1849 in der Agitation besonders aktiven Republikaner, im Januar 1850 im Tagblatt auf Pistolen gefordert wurde.³⁵

Wie dieser Streit, der anscheinend um die Rolle, die Schweikert im Sommer 1849 spielte, entbrannt war, dann beigelegt wurde, wissen wir nicht.³⁶ Zumindest steht jedoch fest, dass die Obmannfunktion Profilierungswilligen gute Chancen ließ. Gerade die Liste der Obmänner zwischen 1819 und 1880 enthält einige prominente Namen, die auch in der württembergischen Landespolitik einen gewissen Klang bekommen sollten.³⁷ Die soziale Struktur der Positionsinhaber belegt zudem überaus anschaulich, wie akademisch gebildete Juristen und

³¹ Heilbronner Intelligenz-Blatt vom 29. Juni 1836

³² Heilbronner Intelligenz-Blatt vom 15. Juli 1836

³³ Heilbronner Intelligenz-Blatt vom 10. Juli 1839

³⁴ Die lokale Praxis der Kandidatenaufstellung und die – durch die beschränkten Rechte des Bürgerausschusses bedingte – weitgehende Machtlosigkeit begründen dieses Urteil.

³⁵ Chronik (1986), S. 399

³⁶ Der ganze Jahrgang 1850 der Lokalpresse ist nicht erhalten und es ist auch keine Erzählung bekannt, die über das Gesagte hinausgehen würde.

³⁷ Mit dem Kaufmann und Landtagsabgeordneten Karl Reibel und Dr. jur. Adolf Otto seien hier ein einflussreiches Mitglied der „Volkspartei“ und ein Ortsvorstand der nationalliberalen „Deutschen Partei“ genannt.

Geistliche, Pfarrer	0	0,0 %
Mediziner, Apotheker	0	0,0 %
Advokaten, Rechtsanwälte	13	48,1 %
Ingenieure, Architekten, Techniker	0	0,0 %
Professoren, Schul- und Universitätslehrer	0	0,0 %
Studenten, Schüler	0	0,0 %
Künstler	0	0,0 %
Bürgerliche Ämter	0	0,0 %
Bankiers, Partikuliers	0	0,0 %
Großkaufleute, Handelsleute	11	40,7 %
Fabrikanten	0	0,0 %
Verleger, Kunst- und Buchhändler, Buchdrucker	0	0,0 %
Wirte, Bierbrauer	0	0,0 %
Landwirte, Weingärtner	0	0,0 %
Handwerker, Kleinhändler	2	7,4 %
Städtische und kaufmännische Angestellte	0	0,0 %
Arbeiter, abhängig Beschäftigte	0	0,0 %
Ohne Angaben	1	3,7 %
<hr/>		
Summe	27	99,9 %

Tabelle 8: Obmännermandate des Bürgerausschusses 1819–1884³⁸

Kaufleute sich diese wichtigen Mandate fast „brüderlich“ teilen und sie zusammen nahezu monopolisieren konnten. Die Handwerker, die, selten genug, einmal Obmann des Bürgerausschuss wurden, waren dann scharf konturierte politische Figuren wie der Maler Dessecker und der Färber Osterritter, beide radikal-demokratische Republikaner, die 1849/50 kurz hintereinander in die Obmannposition gewählt wurden. Osterritter war einer der herausragenden Frondeure gegen Klett im Jahre 1851. Kurz vor Kletts Ausscheiden aus dem Amt des Stadtschultheißen 1868 wurde Gottfried Osterritter noch einmal in den Stadtrat gewählt, was auch Dessecker 1855, und im Jahre 1862 erneut, gelungen war – Heilbronner Karrieren in der Kommunalpolitik, die ihr Fundament in einem hervorragenden Engagement im Revolutionsjahr hatten. Beide Bürgerausschuss-Obmänner aus dem Handwerk „stammten“ nicht aus Heilbronn. Osterritter war 1808 in Esslingen geboren, Dessecker (geb. 1811) stammte aus Ludwigsburg. Seine Mutter hatte in zweiter Ehe einen Heilbronner Bürger geheiratet.³⁹

³⁸ Hier wird nach Mandaten, nicht nach den einzelnen persönlichen Amtsinhabern aufgeschlüsselt, da oft eine Person mehrfach Obmann des Bürgerausschusses war. Dies würde hier das Bild extrem verzerren.

³⁹ StadtA Heilbronn, Bürgeraufnahmebücher 1828 ff.

Kautelen, Verwandtschaft, Klientel

Hatten zwei Bewerber um eine freie Stelle die gleiche Stimmenanzahl erzielt, so hatte der ältere einzutreten, wie dies bei der Wahl 1836 zwischen Hospitalverwalter Reischle und dem Kaufmann Ludwig Kunze geschah. Die amtlichen Bekanntmachungen vermerkten im Allgemeinen auch, wenn sich verschwägerte Personen oder Schwiegersöhne und Schwiegerväter unter den Amtsträgern befanden. Dies löste dann auch eine erneute Wahl aus, wie im Juni 1840, als der Bäckermeister Zehender zwar genug Stimmen erhalten hatte, aber als Schwager des Rotgerbers Heinrich Dittmann nicht eintreten durfte.⁴⁰

Dieser Vorgang wiederholte sich bei dem Stadtpfleger Weismann, der 1846 gewählt worden war und seinen Schwiegervater vorfand⁴¹, und dem Zimmermeister Bernhard Kieß und seinem gleichzeitig gewählten Schwager, dem Bäckermeister Christoph Lang⁴². Kieß musste sich weiterhin mit seinem Bürgerausschussmandat begnügen, das er seit 1842 innehatte. Er konnte aber 1845 reüssieren und amtierte bis zu seinem Tod im Jahre 1847 als Stadtrat.⁴³

Es kamen auch Fälle vor, in denen sich bereits gewählte Daueraspiranten auf eine Stadtratsstelle – wie August Klett, der seit 1830 ununterbrochen im Amt war – einmal von der Kreisregierung aus privaten Gründen entbinden ließen. Die Mitgliedschaft in den Kollegien war zwar eine ehrenamtliche, aber keine nebensächliche Tätigkeit. Der Stadtrat tagte gewöhnlich an drei Tagen in der Woche, eine zeitliche Beanspruchung, die die Geschäfte eines Rechtskonsulenten erheblich tangierte. Kletts Beispiel folgte auch sein hier schon erwähnter Berufskollege August Strauß.⁴⁴ Die Rechtskonsulenten insgesamt waren nach den amtlichen Vermerken am ehesten diejenigen, die um eine Dispensation von ihrem Wahlamt baten.

Aber auch rege Bauunternehmer wie der Werkmeister Heinrich Cluss mussten offensichtlich die Bedürfnisse des eigenen Geschäfts über die des Gemeinwohls stellen und traten eine Stadtratsstelle das ein oder andere Mal nicht an.⁴⁵ Auch der bereits auf ein langjähriges Engagement im Gemeinderat zurückblickende Werkmeister Georg Linsenmayer gehörte zu denjenigen, denen man eine Verschnaufpause gönnte.⁴⁶ Bei Dispensationswünschen wegen hohen Alters waren die Behörden zumeist nachsichtig und gewährten „Amtsverschonung“. Einmal

⁴⁰ Heilbronner Intelligenz-Blatt vom 27. Juni 1840

⁴¹ Heilbronner Intelligenz-Blatt vom 1. Juli 1846

⁴² Heilbronner Intelligenz-Blatt vom 27. Juni 1843

⁴³ Heilbronner Intelligenz-Blatt vom 5. Juli 1844, ebenso zu Kieß, 5. Juni 1847

⁴⁴ Heilbronner Intelligenz-Blatt vom 3. August 1842

⁴⁵ Heilbronner Intelligenz-Blatt vom 1. Juli 1846

⁴⁶ Er amtierte 1824/26, 1835/37 und von 1838 bis 1842; vgl. Heilbronner Intelligenz-Blatt vom 25. Juni 1842.

gewählte Vertreter aus den Reihen der Massenhandwerke⁴⁷ baten in der Regel nicht um Dispens – zumindest ist ein solcher Vorgang nicht auffällig geworden. Das ist m.E. ein Indiz dafür, dass ein Klärungsprozess im Vorfeld der Wahlen möglicherweise innerhalb der intakten „Zunftorganisationen“ erfolgte. Dieses Urteil muss allerdings gänzlich auf Spekulation beruhen. Die zeitlich weniger anspruchsvollen Bürgerausschussmandate mussten im Allgemeinen angenommen werden. Hier sind Dispensierungswünsche auch nicht registriert worden.

Viertelbindung

Ein ganz evidentes Verteilungsmuster offenbart sich allerdings in der Topographie der Wohnorte der Gewählten. Insbesondere die Stadträte hatten im Vormärz einen räumlich dicht geschlossenen Schwerpunkt in den zentralen, „guten“ Wohnlagen am Marktplatz, an der Fleiner Straße und der Kramgasse, im Bereich der südwestlichen Altstadt. Die beiden Straßen bildeten zusammen einen Hauptverkehrsbereich, der aus den alten Fernhandelsstraßen erwachsen war. Auffällig ist zudem das sekundäre Verteilungsmuster, das in engem Zusammenhang mit dem Fortwirken parochialer Strukturen gesehen werden muss.⁴⁸ So ist eine Viertelbindung im Verteilungsmuster der an der Peripherie angesiedelten Stadträte ganz offensichtlich – in Bezug zum Wohnschwerpunkt der übrigen Stadträte am Markt und an der Fleiner Straße. Dieses Verteilungsmuster hängt wiederum mit der relativen räumlichen Konzentration bestimmter Gewerbe bzw. Wirtschaftssektoren zusammen. So „konzentrierte“ sich das Handwerk, bezogen auf die Wohnungsnahme und/oder Grundbesitz, im 2. Viertel (dem Marktviertel), der Handel proportional am ehesten im Bereich des 4. Stadtviertels (dem Unteren Viertel), die Weingärtner und unterbürgerliche Schichten im 3. Viertel (Bollwerksviertel). Die wenigen ausgewiesenen Inhaber „bürgerlicher Ämter“ massierten sich in ganz auffälliger Weise im 1. Stadtviertel (Oberes Viertel), dem Kernbereich der Altstadt. Trotzdem darf hier noch nicht von einer sozialräumlichen Segregation im modernen Sinne einer vom „Wohnungsmarkt“ abhängigen Viertelbildung gesprochen werden, dazu war die Stadt noch lange Zeit viel zu kleinräumig.⁴⁹

In ganz besonderer Weise korrespondiert die relative „Quartierverdichtung“ der Weingärtner mit den Wohnlagen ihrer Vertreter im Stadtrat: Adam Conrad

⁴⁷ „Typische“ Heilbronner Massenhandwerke sind Schuhmacher, Bäcker, Metzger, Schneider, Schlosser und die Kübler/Küfer. Im weiteren Sinn zählen auch die Weingärtner zu dieser Gruppe.

⁴⁸ Vgl. zu diesem Konzept ROHE, Liberalismus (1976), S. 48

⁴⁹ Die Altstadt in ihren Befestigungsgrenzen hatte „ihre größte Erstreckung von Süden nach Norden über 750 m und von Westen nach Osten über 420 m“; vgl. SCHÖCK, Stadtbild (1927), S. 10.

Böhringer, der „lebenslängliche“ Repräsentant des „Standes“ bis zum März 1848, stammte aus ihrer Hochburg: dem 3. Viertel, als dem traditionellen Weingärtnerrevier bis in die 1860er Jahre.

Durch die seitdem rasch anwachsende Wahlbevölkerung konnten solch traditionelle parochiale Klientelbindungen offensichtlich keine Wirkung mehr entfalten. Das war für die Weingärtner als „dem Stand“⁵⁰ seit der Revolution auch gar nicht mehr unbedingt nötig, figurierten ihre Interessenvertreter doch nun als „vaterländisch“ oder „demokratisch“ orientierte Gesinnungsträger auf den „Partei“-Listen des Nachmärz. Wobei ihre Standesvertretung, der Weingärtnerverein, in den ersten Jahren nach dem Revolutionsommer 1849 einige gemeinsame Listen geschlossen mit dem Demokratischen Verein publizieren ließ.⁵¹

Die vom Oberamt immer wieder erlassenen Aufforderungen an die Weingärtner und Weinleser, sich der „Hecker-Hochrufe bei Strafe zu enthalten“⁵², belegen zwar nicht absolut schlüssig eine mehrheitlich „demokratische“ Orientierung des ganzen „Standes“. Sie zeigen aber vor dem Hintergrund der überlieferten Wahllisten eindringlich eine politische Spaltung nach neuen Mustern und signalisieren damit ein Aufbrechen traditionaler Ordnungsmuster (und parochialer Strukturen).

Wahlvorschläge

In Heilbronn beginnt die Geschichte der Wahlvorschlagslisten nachweislich in der zweiten Hälfte der 1830er Jahre. Sie stellten in erster Linie Orientierungshilfen für die Bürgerschaft dar, die in vielen Fällen von den amtierenden Mitgliedern der Kollegien selbst ausgingen. Eine förmliche Bewerbung kannte das württembergische Gemeindeedikt nicht. Jeder Aktivbürger konnte für jeden anderen Bürger oder Beisitzer stimmen. Letztere mussten im Falle einer Wahl das Bürgerrecht erwerben.

Natürlich waren die Vorschlagslisten nicht zuletzt Steuerungsmittel einer selbstbewussten politischen Führungsgruppe, um gesellschaftliche Anerkennung in politisches Kapital umzusetzen. Sie blieben im Vormärz oft ohne Konkurrenzlisten im öffentlichen Raum stehen, vielfach anonym mit „mehrere Bürger“ oder im „Einverständnis vieler Bürger“ unterschrieben. Es gab Listen verschiedener Provenienz, die auch verschiedene Personen anführten, und es gab zeitgleich erscheinende Vorschläge, die teilweise die selben Namen enthielten. Es ist aber si-

⁵⁰ So HEUSS, Weinbau (1950), S. 69 f.: „Ein Oberamtmann der dreißiger Jahre drückte dies [Standesbewusstsein; d. Verf.] auf eine Eingabe der Weingärtner hin in einem geharnischten Reskript aus: Sie benehmen sich, als ob sie ein bevorrechteter Stand wären.“

⁵¹ Vgl. z.B. Heilbronner Tagblatt vom 20. und 21. Juni 1851

⁵² HEUSS, Weinbau (1950), S. 68

cherlich kein Zufall, dass der Rekrutierungsstamm der Bürgerausschussmitglieder im Erhebungszeitraum von der Größenordnung her fast identisch ist mit der Zahl der auf den Listen jeweils vorgeschlagenen Personen (286 zu 285).⁵³ Bei den Stadträten verhält sich diese rein zahlenmäßige Relation etwas anders, weil die Überlieferungsdichte der Vorschlagslisten hier nicht so hoch war. Die soziale Zusammensetzung der Vorschlagslisten findet ihre Entsprechung im Wesentlichen in der der Gremien. Hier gab es keine aktiven „Gruppen“, die nicht auch repräsentiert wurden.

In den Listennennungen der späten 1830er und der gesamten 1840er Jahre kristallisierte sich der Kern der politischen Führungsgruppe des Jahres 1848/49 und des Nachmärz bereits deutlich sichtbar heraus – von nicht unbedeutenden Ausnahmen abgesehen. Ihre politischen Optionen fielen vor dem „gedrängten Erfahrungszeitraum“ Revolution nur jeweils anders aus. So erscheinen noch im Sommer 1847 auf den Vorschlagslisten des Bürgervereins für die anstehenden Neuwahlen beider Gremien mit Buchdrucker August Ruoff und Rechtsanwalt Klett, dem Handelsgärtner Pfau und dem Sonnenwirt Heinrich, Apotheker Friedrich Mayer jr. und Rechtskonsulent August Strauß Männer in trauriger Eintracht, die ein dreiviertel Jahr später dezidierte politische Gegner waren. Und auch auf anderen Listen zu den 1847 anstehenden Ergänzungswahlen für den Stadtrat gibt es noch vielfache Überschneidungen untereinander und wiederum mit denen des Bürgervereins. So erscheint der Kaufmann Karl Meyer, Eigentümer einer Modewarenhandlung, allein auf fünf Listen⁵⁴, die ihn zu einem Stadtratsmandat anempfehlen, genauso wie der Weingärtner David Drautz, und auch August Klett und Kaufmann Hüttner sind mit einer viermaligen Nennung vertreten.

Die Gruppen, die sich hinter diesen Listen verbargen, sind kaum weniger von einem Common-Sense-Kandidatentum geprägt als die der offen genannten Initiativen. Für den Bürgerausschussmann Karl Meyer konnte im Jahre 1847 bei dieser Häufung nichts mehr schief gehen. Er wurde wenige Tage später in den Stadtrat gewählt. David Drautz musste auf seine zweite Bestätigung, die ihn zum „Lebenslänglichen“ gemacht hätte, verzichten. Dieses Wahlverhalten war jedoch nur konsequent, denn er erscheint auf einer von Bürgerausschussmitgliedern unterzeichneten Liste für eine Stadtratsstelle, die ihn, mit vielen anderen, als Mann vorstellte, der der „Lebenslänglichkeit abhold“⁵⁵ sei.

⁵³ Eine absolut sichere Klärung der Identität beider Personenkreise und ihre Kongruenz wäre noch anzustreben.

⁵⁴ Heilbronner Intelligenz-Blatt vom 12. und 14. Juni 1847; die Listen gezeichnet mit „mehrere Bürger des Gewerbestandes“, eine mit den Initialen „H.W.“ und die anderen vom Bürgerverein bzw. einer namentlich angeführten, 40 Personen umfassenden Gruppe.

⁵⁵ Heilbronner Intelligenz-Blatt vom 12. Juni 1847. Drautz „betrachtet seine Wahl nur für zwei Jahre gültig“.

Adlige (ohne nähere Angaben)	0	0,0 %
Offiziere	1	0,4 %
Hof- und Staatsbeamte	1	0,4 %
Geistliche, Pfarrer	0	0,0 %
Mediziner, Apotheker	4	1,4 %
Advokaten, Rechtsanwälte	1	0,4 %
Ingenieure, Architekten, Techniker	0	0,0 %
Professoren, Schul- und Universitätslehrer	0	0,0 %
Studenten, Schüler	0	0,0 %
Künstler	0	0,0 %
Bürgerliche Ämter	0	0,0 %
Bankiers, Partikuliers	2	0,7 %
Großkaufleute, Handelsleute	58	20,4 %
Einzelhändler	0	0,0 %
Fabrikanten	8	2,8 %
Verleger, Kunst- und Buchhändler, Buchdrucker	1	0,4 %
Wirte, Bierbrauer	10	3,5 %
Landwirte, Weingärtner	43	15,1 %
Handwerker, Kleinhändler	130	45,6 %
Städtische und kaufmännische Angestellte	4	1,4 %
Arbeiter, div. Transportgewerbe	4	1,4 %
Ohne Angaben	1	0,4 %
Summe	285	100,3 %

Tabelle 9: Berufsprofil der Wahlvorschläge für den Bürgerausschuss (totale Erhebung der überlieferten Vorschlagslisten)

Die explizite Ablehnung der Lebenslänglichkeit war weniger ein Distinktionsmerkmal zwischen den einzelnen Kandidaten, die ja auf verschiedenen Listen ohne diesen Nachweis erschienen, als vielmehr ein in Heilbronn eher selten gesetztes Signal für die Obrigkeit, die die personelle Kontinuität präferierte. In der Praxis gab es diese Kontinuität, zwar nicht ganz ohne Unterbrechungen, aber viele setzten nur kurzfristig aus und kandidierten erneut. Das hieß aber: kontinuierliche Rotation eines bestimmten Personenkreises, der zwar nicht geschlossen war, sich aber auch nicht gerade durch „Offenheit“ auszeichnete.

Die Figur des „Lebenslänglichen“ war eigentlich seit den späten 1830er Jahren immer in der Minderheit. Interpretiert man dieses Bekenntnis zur „Lebenslänglichkeit“, jenseits persönlicher Eitelkeiten, als das konservativ-traditionale Element im Stadtrat, so waren 1848, in der Umkehrung, satte 80 % der Mandatsträger dem liberal-demokratischen Lager zuzurechnen. Dies erklärt zu einem guten Teil auch den Verlauf der Revolution in der Stadt, spiegelt sich in diesen Propor-

Adlige (ohne nähere Angaben)	0	0,0 %
Offiziere	0	0,0 %
Hof- und Staatsbeamte	2	2,8 %
Geistliche, Pfarrer	0	0,0 %
Mediziner, Apotheker	2	2,8 %
Advokaten, Rechtsanwälte	0	0,0 %
Ingenieure, Architekten, Techniker	0	0,0 %
Professoren, Schul- und Universitätslehrer	1	1,4 %
Studenten, Schüler	0	0,0 %
Künstler	0	0,0 %
Bürgerliche Ämter	1	1,4 %
Bankiers, Partikuliers	0	0,0 %
Großkaufleute, Handelsleute	10	14,1 %
Einzelhändler	0	0,0 %
Fabrikanten	2	2,8 %
Verleger, Kunst- und Buchhändler, Buchdrucker	1	1,4 %
Wirte, Bierbrauer	8	11,3 %
Landwirte, Weingärtner	7	9,9 %
Handwerker, Kleinhändler	21	29,6 %
Städtische und kaufmännische Angestellte	0	0,0 %
Arbeiter, div. Transportgewerbe	2	2,8 %
Summe	71	100,0 %

Tabelle 10: Berufsprofil der Wahlvorschläge für den Stadtrat (totale Erhebung der überlieferten Vorschlagslisten)

tionen doch eine sehr breite soziale Basis der „liberaldemokratischen“ Bewegungspartei. Schaut man sich die drei im März 1848 verbliebenen Dauergäste bei Ratssitzungen an, so sind Weingärtner Böhringer, Werkmeister Linsenmayer und „Waldinspektor“ (Gemeinde-Oberförster) Bernhard Nickel auch diejenigen, die in ihrer, soweit hier registrierten, politischen Option nach 1849 dem konstitutionell-monarchischen Lager der „Vaterländischen Parthie“ zuneigen. Überdies sind sie auch etwas älter als der Durchschnitt ihrer Mandatskollegen zu diesem Zeitpunkt. Bernhard Nickel etwa war im Jahre 1793 geboren.

Die soziale Zusammensetzung der jeweiligen Listen weist intern kaum einmal ein ausgeprägtes Gefälle auf. Es finden sich fast immer Handwerker, Wirte, Kaufleute und Weingärtner auf ihnen. Eine rein berufsständische oder branchenbezogene, offensichtlich wirtschaftliche Interessen delegierende Liste ist nicht zu vermelden. Manche der Vorschläge hatten einen eindeutigen Hang, die Kandidaten aus dem Umfeld der Höchstbesteuerten zu schöpfen, und diese Listen stammten



Louis Hentges (1818-1891)

nicht selten vom Bürgerverein. Mit diesem gemeinsamen sozioökonomischen Statusmerkmal war aber keineswegs eine politisch strikt homogene Richtung angedeutet. Als im Juni 1848 für die anstehenden Ergänzungswahlen zum Stadtrat noch einmal eine anonyme Liste veröffentlicht wurde, die von einer „großen Anzahl Bürger“⁵⁶ unterstützt wurde, erschien auf ihr mit dem frisch gekürten Paulskirchenabgeordneten Louis Hentges ein Mann, der im Prinzip – trotz seines Auftretts als Redner beim Turnfest zwei Jahre zuvor – ein kommunalpolitischer „Nobody“ war. Er gehörte bis zum März 1848 noch nicht zum tendenziell eher exklusiven Kreis der „bewährten Männer“.

⁵⁶ Heilbronner Tagblatt vom 21. Juni 1848

Die relative Homogenität des „liberalen Milieus“ war auch mitbedingt durch die Abwesenheit konfessioneller Konfliktlagen.⁵⁷ Die katholische Minderheit hatte sich dem Kanon politischer Überzeugungen anzupassen oder abstinenz zu bleiben. Sie passte sich an, wie das Beispiel des Konvertiten Hentges sehr anschaulich zeigt. Die „andere Konfession“ konnte eigentlich im Betrachtungszeitraum nie für lokal wirksame Fraktionierungen instrumentalisiert werden bzw. konstituierte auch niemals politische Gruppierungen im engeren Sinne. Die religiöse Einstellung war Privatsache, sie spielte im lokalpolitischen System als gruppenbildender Faktor keine Rolle.

Die Frage, wer von den Katholiken als Individuum, wenn er über die materiellen Voraussetzungen und das Merkmal mindestens längerfristiger Ansässigkeit, wenn nicht gar der Ortsgebürtigkeit, verfügte, in den Bürgerausschuss oder den Stadtrat gelangte, lässt sich hier insoweit beantworten, als persönliche Bindungen, wie die kaufmännische Lehre bei einem angesehenen Heilbronner Handelshaus und das entsprechende Konnubium, hier gewiss ein Schlüssel zum Erfolg sein konnten.

Vergleicht man die politischen Lebenswege von Konstantin Stieler und Carl Bartholomäus Bläß, die beide als Höchstbesteuerte wohlhabend waren, beide auch im katholischen Bürgerausschuss und Stiftungsrat engagiert – im Vereinswesen war Bläß gewiss der Profiliertere (langjähriger Vorstand des Verschönerungsvereins) als Stieler – so lässt sich vermuten, dass die familiäre Einbindung von Stieler in die entscheidenden Kreise (Schwiegersohn von Fr. Tscherning, Lehre bei Adolf Goppelt) für eine politische Karriere den Ausschlag gab. Dies immer vor dem Hintergrund, dass man Bläß ähnliche Ambitionen unterstellt.

In dieser Hinsicht veränderte sich an den Zugangschancen in die politische Führungsgruppe langfristig betrachtet wenig, um nicht zu sagen: kaum etwas. Im Sinne des Bevölkerungsproporz waren die Katholiken aber erst ab den späten 1860er Jahren repräsentativ im Stadtrat vertreten, im Bürgerausschuss phasenweise sogar „überproportional“.

Unser hier schon bemühntes „Paradebeispiel“ Löwenwirt Hentges etwa war zwar schon im „katholischen“ Bürgerausschuss und im Stiftungsrat der kleinen Heilbronner Katholikengemeinde in den 1840er Jahren tätig – und nur kurze Zeit später, 1846, zum Protestantismus konvertiert⁵⁸ –, aber ansonsten vor seiner Wahl 1848 noch nicht einmal auf einer Vorschlagsliste für die bürgerlichen Kollegen der Stadt aufgetaucht. Dadurch war mit seiner Wahl das kommunalpolitische Koordinatensystem nun in der Tat leicht, aber sichtbar verschoben. Hentges

⁵⁷ Vgl. dazu z.B. TROX, Bürger in Ulm (1990), S. 208 f., zu konfessionell aufgeladenen „Partei-Formierungen“ seit 1848/49.

⁵⁸ Hentges wurde 1818 als Sohn eines katholischen Gastwirts in Heilbronn geboren. Er bekannte sich, offensichtlich nach Vorträgen Ronges in Heilbronn, kurze Zeit zum Deutschkatholizismus; vgl. StadtA Heilbronn, Bürgeraufnahmebücher 1828 ff.; Chronik (1986), S. 377

erreichte mit 734 Stimmen knapp vor dem Weingärtner Albrecht (716) und mit Abstand zu Kaufmann Carl Metz (625) die höchste Stimmenzahl. Aber auch der im März von seinem Stadtschultheißenamt zurückgetretene Titot (501) und Waldinspektor Nickel (345), der sein lebenslängliches Mandat unter politischem Druck im März hatte aufgeben müssen, erzielten ansehnliche Stimmanteile.⁵⁹ Diese Wahl war immer noch geprägt von einer Vielzahl der persönlichen Orientierungen und traditionellen Bindungen, Richtungen wäre zuviel gesagt. Es war noch eine reine Personenwahl, wenn sie auch Stimmungen reflektierte, die bereits über den lokalen Horizont hinauswiesen. Es war für eine längere Zeit die letzte ihrer Art, vielleicht die letzte „Parochialwahl“ überhaupt in Heilbronn.

Kontinuität und Neubeginn nach der Revolution

Die eigentliche „Kommunalpolitik“ begann erst wieder im August 1849 mit der fällig geworden Neuwahl des Stadtrates. Sie ging in einer Stadt über die Bühne, deren Bewohner mehrheitlich ihren politischen Willen zu einer radikal beschleunigten Reform des politischen Systems bewiesen hatten. Und damit, wie viele andere auch, zunächst völlig gescheitert waren.

An der Anzahl der nun auftauchenden Vorschlagslisten in der Presse lässt sich aber keineswegs eine gesteigerte Partizipation festmachen. Die Rituale der Wahlvorbereitungen bleiben grundsätzlich dieselben, wenn sie auch sicherlich in einer aufgeladenen Atmosphäre vor sich gingen.

In jeder Hinsicht bemerkenswert erscheint vor allem die Abstinenz des Demokratischen Vereins, eine eigene Liste offen zu benennen. Das zeugt einerseits vom Bewusstsein, in einer „demokratischen“ Stadt zu agieren, ist aber sicher umgekehrt auch von der gerechtfertigten Befürchtung geleitet, dass eine so offenkennzeichnende Liste im August 1849 nicht opportun gewesen wäre. Die Stadt befand sich noch bis Februar 1850 im Zustand militärischer Besetzung. Der Vaterländische Verein ließ hingegen eine eigenständige Vorschlagsliste im Tagblatt veröffentlichen. Die anderen Listen wurden mit den seit langem üblichen Floskeln „viele Wähler“ oder „mehrere Bürger“ markiert. Schaut man sich die Namen aller Listen an und vergleicht die personellen Zusammenhänge der politisch bisher exponierten Personen, dann lässt sich behaupten, dass es jeweils zwei Vorschlagslisten aus beiden Lagern gab, die allerdings auch jetzt nicht hermetisch gegeneinander abgegrenzt waren. Es gab nun allerdings im Gegensatz zu früher einen recht großen, festen Personenkreis, der entweder auf der demokratischen oder auf der vaterländischen Seite erschien.

⁵⁹ Weiterhin wurden berufen: Bäcker Bechtle (vormals Bürgerausschuss), der Küfer Ferdinand Lang, ein überzeugter Republikaner und schon eine Wahlperiode (1845–1847) Stadtrat; Kaufmann Jacob Koch, ebenso ein bereits bewährtes langjähriges Mitglied des Stadtrates, erhielt die geringste Zustimmung; vgl. Heilbronner Tagblatt vom 23. Juni 1848.

Die Frage, vor dem Erfahrungshintergrund der Sommermonate des Jahres 1849, war, ob sich die Integrationsfiguren oder die „Parteileute“ durchsetzen würden. Die demokratische Seite siegte, für ihre Gegner mit geradezu erdrückender Eindeutigkeit. Nur Carl Metz lässt sich von den im August 1849 gewählten Stadträten noch ganz sicher zu den „Vaterländischen“ zählen, ansonsten präferierten alle anderen gewählten Stadträte die „Demokratie“, viele von ihnen in der schärferen, republikanischen Variante.⁶⁰ Es ist dennoch nicht verblüffend, dass Metz die meisten Stimmen erhielt. Hier war ein wirksames Abstimmungskartell gebildet worden, um wenigstens einen Kandidaten durchzubringen. Die wenigsten Stimmen konnte der Apotheker Friedrich Mayer – der Bruder von Stadtrat Robert Mayer – auf sich vereinigen. Sein Verhalten im Mai und Juni 1849 war anscheinend vielen Wählern zu dubios erschienen. August Ruoff, dreimal bestätigter Heilbronner Abgeordneter der verfassungsrevidierenden Landesversammlungen, rangierte an Position fünf, hinter Weingärtner Drauz, Bäcker Bechtle und dem Kaufmann Friedrich Eduard Mayer.⁶¹

Dieses Ergebnis reflektierte die Stimmungen der Wählenden, die ein lautes „jetzt erst recht“ zu rufen schienen. Der einzige Trost, der den Parteigängern des „Vaterlandes“ zunächst blieb, war die Kautele des neuen Gemeindeedikts, die vorsah, dass bereits nach zwei Jahren ein Drittel der neu Gewählten durch Losentscheid oder anderweitig auszutreten hatte. Die „Wachablösung“ hatte ihre zeitliche Begrenzung bereits implantiert. Ein gesellschaftlicher „Machtwechsel“ im engeren Sinne war es sowieso nicht, da weit mehr als die Hälfte der „Demokraten“ bereits vor dem März 1848 in den bürgerlichen Kollegien Sitz und Stimme besessen hatte. Aber unter ihnen waren nun seit den von Klett inkriminierten Augustwahlen 1849 doch einige, auf die die Etikettierung des „bewährten Mannes“ von Bildung und Besitz nur noch bedingt zutraf.⁶² Das sollte aber eine transitorische Erscheinung bleiben. Der jüdische Rechtskonsulent Kallmann⁶³ trat aus „geschäftlichen Gründen“ bereits 1851 aus, Ruoff gab sein Mandat ebenfalls auf und verließ bald darauf Heilbronn für immer. Und auch der überzeugte Republikaner Heinrich Schober, der als Lohnkutscher sein Auskommen fand, amtierte nur die denkbar kürzeste Zeit.

Damit waren beizeiten die hervorragendsten Gestalten der Volksversammlungen der Revolution verschwunden. Und auch der demokratische Lokalmatador, Apotheker Friedrich Mayer, schied früh wieder aus und zog sich danach völlig aus

⁶⁰ Zu den politischen Systembegriffen der württembergischen „Demokratie“ vgl. BOLDT, Volksvereine (1970), S. 156 ff.

⁶¹ Heilbronner Tagblatt vom 12. August 1849

⁶² Mit Kallmann, Schober, Schweikert und Weisert waren 1849/50 verhältnismäßig viele Mieter im Stadtrat – ein interessantes Detail mentaler Disposition.

⁶³ Moritz Kallmann, am 15. August 1815 in Eschenau geboren, seit 1845 Heilbronner Bürger, starb am 2. September 1873; vgl. StadtA Heilbronn, Bürgeraufnahmebücher 1828 ff.

	Demokratisch	Vaterländisch
Hof- und Staatsbeamte	0	1
Mediziner, Apotheker	0	2
Bürgerliche Ämter	3	1
Großkaufleute, Handelsleute	5	3
Wirte, Bierbrauer	2	1
Landwirte, Weingärtner	22	2
Handwerker, Kleinhändler	39	22
<hr/>		
Summe	71	32

Tabelle 11: „Demokratische“ und „vaterländische“ Wahlvorschläge 1849/51⁶⁴

der Politik zurück. Die Geister, die sie schieden, konnten nun auch mittel- bis kurzfristig leichter wieder zusammenkommen. Die Integrationsfigur Peter Bruckmann jr., Bruder des ins Exil gegangenen Turnerwehrführers August Bruckmann, saß seit 1852 im Stadtrat. Gewiss war das auch als eine erste Versöhnungsgeste zu deuten. Auch das Einrücken des Rotgerbers Remshard oder des Glasers Heinrich Burger signalisierten Mäßigung und Entspannung. Beide waren bereits vor dem März 1848 einmal Stadträte gewesen und sicherlich keine Gegner von August Klett, wenn sie auch nicht direkt für ihn waren und im Mai 1851 öffentlich unterzeichnet hatten. Ein Blick auf die soziale Zusammensetzung der „Parteilisten“ offenbart nur etwas eindeutig: Die politische Orientierung der aktiven Weingärtner, die in ihrer Mehrheit offensichtlich „demokratisch“ gesinnt waren. Nach dem Verbot der letzten zehn lokalen württembergischen Volksvereine, von denen der Heilbronner einer war⁶⁵, und vor dem Hintergrund der kleinen lokalen Basis der „Vaterländischen“ in der Stadt rückte der Weingärtnerverein in den 1850er Jahren, neben den anonymen Gruppen derjenigen, die „mehrere Bürger“, „viele Wähler“ oder „Gewerbetreibende“ repräsentierten, in die Rolle des erfolgreichen lokalpolitischen Platzhalters der Heilbronner „Demokratie“. Ein bemerkenswerter Vorgang.

Eine im Ganzen geringere Partizipation lässt sich in den 1850er Jahren spürbar vermerken. Es tauchten Listen auf, die die „Wahlfaulheit ihrer Mitbürger“ be-

⁶⁴ Die Berufszuordnungen erfolgen nach den Angaben auf diversen gekennzeichneten Wahlvorschlägen zu den Stadtrats-, Bürgerausschuss- und Landtagswahlen vom August 1849 bis zum April 1851. Listenverbindungen zwischen dem „Demokratischen“ und dem Weingärtnerverein wurden ebenfalls einbezogen.

⁶⁵ Vgl. BOLDT, *Volksvereine* (1970), S. 74; neben dem in Stuttgart, Hall, Gmünd, Göppingen, Geislingen, Reutlingen, Öhringen, Esslingen und Ellwangen

klagten. Die Wahlbeteiligung lag in dieser Zeit kaum einmal deutlich über einem Drittel der Berechtigten.⁶⁶

Auch die „Clearing-Organisationen“ zerfielen zusehends, Stimmenzersplitterung war ein oftmals befürchtetes Ergebnis der Kommunalwahlen. Sogar die Landtagswahlen stießen noch im Jahre 1862, als sich doch vieles auf der politischen Bühne tat, auf großes Desinteresse.⁶⁷ Das Schwanken der Bürgerschaft zwischen Engagement und Enttäuschung war ein ganz offenkundiges Phänomen.

Dieter Langewiesche verzeichnet diesen Vorgang jedoch, wenn er ihn strikt als „Entpolitisierung“⁶⁸ benennt. Dieses Reaktionsmuster von politischer Enttäuschung einerseits und privatem Eskapismus andererseits folgte einem neu gelagerten „Politisierungsprozeß“, der Teile des liberalen Bürgertums und den Obrigkeitsstaat fester denn je zusammenbrachte, wie Langewiesche es übrigens selbst ganz eindringlich belegt. Wenn sich nun die wirtschaftsbürgerlichen Orientierungen einer „Erwerbsgesellschaft“ durchsetzten, so war das noch keine gesamtgesellschaftliche „Entpolitisierung“. Es kamen lediglich Kräfte zum Wirken, die sich berufen fühlten, das machtpolitische Vakuum aufzufüllen, das die staatliche Reaktionspolitik und nicht zuletzt der konjunkturelle Aufschwung seit der Mitte der 1850er Jahre erzeugt hatten. In diesem Umfeld ist auch die organisatorische Neuformierung der Wirtschaft des Landes vor der endgültigen Gewerbefreiheit zu betrachten. Die Organisationsprinzipien der Handelskammern hatten von Anbeginn an den Hauch des Anrühigen, weil befürchtet wurde, dass sie die „gemeindebürgerlichen“ Integrationskräfte unterlaufen könnten.

Die Rückkehr des Bürgervereins (seit 1860) auf die Wahlbühne der Stadt symbolisierte bereits neue Bewegung in der politischen Arena.⁶⁹ Eine Bewegung, die nicht zuletzt mit der virulenter werdenden nationalen Frage und der württembergischen und überregionalen Parteiformierung zusammenhing.⁷⁰ Entsprechend diffus war das Bild, das sich dem Betrachter auf der Gemeindeebene in einer kurzen Retrospektive auf die späten 1850er Jahre bietet.

Diese Diffusion der „politischen Lagerungen“ wird allerdings erhellt durch das Verschwinden des öffentlichen Polarisierungsmittels par excellence der vergangenen Jahre: Ein Ereignis der lokalen Pressegeschichte von überaus hohem Symbolwert war das Verschwinden des Neckar-Dampfschiffs 1853. August Ruoffs ambitionierte Gründung, die vielleicht politisch folgenreichste Zeitung Heilbronnns überhaupt, ging im Dezember dieses Jahres „unter“. Die Versuche seines Nachfolgers Güldig, das Blatt trotz restriktiver Bedingungen weiterzuführen, waren

⁶⁶ Vgl. Heilbronner Tagblatt vom 15. Juni 1854 bzw. 24. Juni 1857 und vom 17. Juni 1859

⁶⁷ Vgl. Neckar-Zeitung vom 12. Januar 1862

⁶⁸ LANGEWIESCHE, Liberalismus und Demokratie (1974), S. 244 f.

⁶⁹ Heilbronner Tagblatt vom 22. Juni 1860

⁷⁰ Diese Prozesse sind vorbildlich untersucht bei RUNGE, Volkspartei (1970) und LANGEWIESCHE, Liberalismus und Demokratie (1974).

gescheitert. Mit dem Jahr 1854 wurde das Blatt, um vorgekommenen „Verwechslungen mit der damaligen Direction des Neckar-Dampfschiffes zu verhüten“, umbenannt in Neue Neckar Zeitung, die nur noch zwei Jahre weiter existierte. Und so konnte die Kreisregierung des Neckarkreises in Ludwigsburg am 8. April 1856 eine für sie „erfreuliche Verbesserung“ der politischen Verhältnisse an das Innenministerium vermelden:⁷¹

Ferner ist zu bemerken, daß das Organ der Demokraten in Heilbronn, die „Neckarzeitung“, früher „Neckardampfschiff“, aus Mangel an Abonnenten vom 1. d. M. an aufgehört hat. Das Oberamt fügt die erfreuliche Bemerkung bei, daß von einem Treiben der demokratischen Parthei in Heilbronn nicht mehr gesprochen werden kann; [...] und daß eine Zufriedenheit zurückkehre, wie sie seit vielen Jahren nicht mehr vorhanden sey.

In seiner besten Zeit hatte das Dampfschiff rund 3100 Stück Auflage, die Abonnentenzahlen in der Stadt bzw. der Region sind leider nicht regelmäßig überliefert.⁷² In aller Regel abonnierte man als Heilbronner Zeitungsleser beide Lokalzeitungen. Buchdrucker August Ruoff gab bereits 1855 in einem förmlichen Verzicht sein Heilbronner Bürgerrecht auf. Im Bezugssystem der städtischen Öffentlichkeit fiel die individuelle Meinung zur Position des Dampfschiffs von nun an als ein Distinktionsmerkmal weg. Das ist gewiss ein Grund dafür, dass die lokalen Fronten mehr und mehr verschwammen und die Bezugspunkte der politischen Orientierung nun mehr als früher – im positiven wie im negativen Sinne – jenseits der Stadtgrenzen lagen.

Die einer förmlichen politischen Systemveränderung gleichenden, und damit im eigentlichen Sinne mehr als „reaktionären“ Versuche der württembergischen Regierung Mitte der 1850er Jahre sind dafür ein gutes Beispiel. Das Anliegen der Staatsbürokratie, die Gemeinden mit kommunalwahlpolitischen Restriktionen im Errichten zensuraler Trennlinien mit den entsprechenden Folgen zu belasten und die bestehende Gemeindeautonomie zu unterlaufen, förderten die einträchtige Abwehrfront des liberalen und des demokratisch gesinnten Bürgertums⁷³, ein Vorgang, der sich in Heilbronn auch prompt in den Durchmischungen der Vorschlagslisten seit 1855 niederschlug und recht gut nachweisen lässt.⁷⁴ Die „Bastion Rathaus“ wurde gemeinsam verteidigt, denn wer dort von den beiden auch immer die Macht innehaben würde, mit dem Staat teilen wollte sie keine von bei-

⁷¹ Zit. bei FUCHS, Neckar-Dampfschiff (1985), S. 37

⁷² FUCHS, Neckar-Dampfschiff (1985), S. 30: [...] „von 1100 Abonnenten auf das Neckar-Dampfschiff halten ein Viertel das Intelligenzblatt nicht“.

⁷³ Vgl. LANGEWIESCHE, Liberalismus und Demokratie (1974), S. 276 ff.

⁷⁴ Vgl. etwa Heilbronner Tagblatt vom 13. Juni 1857, wo sich der entschiedene Demokrat Ferdinand Lang und der Rotgerber Carl L. Henninger, ein „Liberalkonservativer“, zusammenfanden. Die verfügbaren einzelnen Vorschlagslisten der Zeit zwischen 1851 und 1854 weisen im Allgemeinen relativ homogene Besetzungen auf, so dass der zeitgenössische Rezipient die Personen politischen Optionen zuordnen konnte.

den „Parteiströmungen“. Dieser politische Pakt ist ein eindringlicher Moment, der die Stärke des württembergischen Kommunalismus⁷⁵ als bürgerliche Bewegung auch in den Reaktionsjahren verdeutlicht und die These von der „Entpolitisierung“ in den 1850er Jahren für meine Begriffe gänzlich ad absurdum führt.

Das Resultat war auch ein bereits 1855 wieder von „Parteileuten“ aller Couleur besetzter Heilbronner Gemeinderat, in dem die „Demokratie“ allerdings noch die Mehrheit hatte. Zählt man allein die bekannten Demokraten, so hatten diese eine 60:40-prozentige Mehrheit der Stimmen, ohne den einen oder anderen wahrscheinlichen Parteigänger dazuzurechnen. Aber die von Klett beschworenen, im August 1849 ohne ein Mandat gebliebenen Männer, „die ein erhebliches Interesse an der Gemeindeverwaltung“ hatten, kamen nun auch wieder zu ihrem Recht. Gerade Kletts überzeugte Parteigänger vom Mai 1851, die ihn im Tagblatt gegen die beiden fast ausschließlich „demokratisch“ besetzten Kollegien unterstützt hatten, wie der Fabrikant Dittmar, der Kaufmannsbankier Rümelin, Rechtsanwalt Strauß und der Bäckermeister Zehender, platzierten sich im Gemeinderat. Damit war in der Person von Strauß und Zehender eine vormärzliche Kontinuitätslinie wieder aufgenommen, wie auch die signifikanten wirtschaftsbürgerlichen Berufsrollen des Bankiers und Fabrikanten nun repräsentiert waren – für den Heilbronner Gemeinderat eine Novität, die man nicht überinterpretiert, wenn man von einem präfigurativen Epiphänomen sich andeutender wirtschaftlicher Strukturveränderungen spricht: Die Figuration der lokalen Führungsgruppe änderte sich vor – oder zumindest fast zeitgleich – mit dem großen wirtschaftlichen Aufbruch in die Hochindustrialisierung, der in der Mitte der 1850er Jahre erst einsetzen sollte.⁷⁶

Rückkehrer und Neulinge

Die Rückkehr Adolf Goppelts in den Heilbronner Gemeinderat am Ende der 1850er Jahre kennzeichnete zwei äußerst virulent gewordene politische Problemlagen, die in seiner Person sichtbar zusammenliefen: Die nationale Frage, die neuen Auftrieb bekommen hatte und die wirtschaftliche Integration der Stadt, die sich im lokalen Rahmen wieder an der Eisenbahnfrage festmachen ließ. Diesen beiden Prozessen galt sein ganzes politisches Engagement.⁷⁷ Und dieses Engage-

⁷⁵ Konzeptualisiert von Blickle, vgl. zuletzt in: BLICKLE, Landgemeinde und Stadtgemeinde (1991).

⁷⁶ KLAGHOLZ, Industrialisierung (1986), S. 46

⁷⁷ Eine Petition der bürgerlichen Kollegien an die „Staatsregierung und die Stände zum Schutz der Rechte der Herzogtümer Schleswig-Holstein und zur Unterstützung des Herzogs von Augustenburg“ am 19. November 1863 trug ganz Goppelts Handschrift. Am 28. März 1864 war Goppelt auf einer Versammlung im Aktiengarten mit „Kundgebung für Schleswig-Holstein“ unter dem Vorsitz von Ephorus Kraut neben Georg Härle, dem Führer der Turngemeinde, der Hauptredner: „Die Haltung der Regierung entspricht nicht mehr dem Volkswillen“; vgl. Chronik (1986), S. 414.

gement führte zur Wiederbelebung einer lokalen Assoziation, die die Chiffren der alten Bewegungspartei im Namen führte: Der Bürgerverein trat erneut als „Clearingstelle“ bei Kommunalwahlen auf und führte in optischer Konkurrenz mit dem Weingärtnerverein die fettgedruckten⁷⁸ Zeitungsanzeigen für die Kandidatenwerbung ein. Seine erste eigene Liste vom Juni 1860 enthielt neben altbekannten Namen wie den von Werkmeister Kieß, Anwalt Strauß und Kaufmann Metz jr. nun auch den des Rechtskonsulenten Dr. Otto⁷⁹, der ursprünglich aus Stuttgart stammte und über die Verbindung mit Emma Heermann in die Familie von Adolf Goppelt eingehiratet hatte. Adolf Otto (geb. 1828) war von 1853 bis 1859 zunächst als Gerichtsaktuar in Heilbronn tätig. An Ottos Weg über die Listen der nächsten Jahre und durch die beiden Kollegien der Stadt – er konnte schon bald als Obmann des Bürgerausschusses reüssieren – lässt sich sehr deutlich die „Lokalisierung“ der nationalen Frage zeigen.

Frappierend in diesem Zusammenhang ist seine Amtszeit als Vorstand der Harmonie 1862/64. Im 50. Jahr der Gründung dieser Honoratioren-Gesellschaft, 1864, als soziales Prestigekapital für einen Mittdreißiger kaum zu überschätzen, ging das gesellschaftliche Renommee Ottos seiner ultimativen Anerkennung als honorigem Gemeinderat einige Jahre voraus, und es verwirrt den Betrachter insofern, als dass Dr. Adolf Otto kaum über ein nennenswertes oder gar beeindruckendes Maß lokaler Prominenz verfügen konnte, geschweige denn, sich in lobenswerter Weise um das Gemeinwohl verdient gemacht hätte, außer eben über das besondere Merkmal zu verfügen, ein Schwager von Adolf Goppelt zu sein und zudem ein „nationaler Mann“. Die nationalpolitische Option Ottos fiel genauso aus wie die seines Schwagers Goppelt, der seit langem die kleindeutsche Lösung propagierte.

In dieser „hochpolitisierten“ Phase trat nun auch Wirt und Brauer Louis Hentges, Lokalmatador des März 1848 und seit 1851 in der ökonomischen Hierarchie im Range eines „Höchstbesteuerten“ angekommen, auf den Plan. Auf mehreren Listen ab 1861, vom Weingärtnerverein, „vielen“ oder „mehreren Bürgern“ für ein Bürgerausschussmandat anempfohlen, figurierte er beispielsweise gemeinsam mit den politisch markanten Kaufleuten und Industriellen Karl Reibel, Friedrich Rauch und Konstantin Stieler sowie dem Anwalt Feyerabend jr. in Listen-Gemeinschaft mit Weingärtnern, Wirten und Konditoren, von deren nationalpolitischer Option leider nichts bekannt ist. Von Papierfabrikant Friedrich Rauch (geb. 1823) ist immerhin überliefert, dass er als Leser der Frankfurter Zeitung „partikularistisch“ und großdeutsch gesinnt war.⁸⁰ Ähnliches darf auch von

⁷⁸ Vgl. Heilbronner Tagblatt vom 18. und 19. Juni 1863

⁷⁹ Heilbronner Tagblatt vom 22. Juni 1860

⁸⁰ RAUCH, Geschichte (1919), S. 84. Friedrich Rauch hat anscheinend nie ein Gemeinderatsmandat angestrebt, zumindest lässt sich keine entsprechende Liste finden. Vermutlich aus Zeitgründen dem Ratssitz abhold, ließ er sich nur einmal in den Bürgerausschuss wählen (1870).

Karl Reibel (geb. 1824) vermutet werden; er wendete sich ganz der Volkspartei zu. Hentges (geb. 1818) und Stieler (geb. 1822) dürften eher für die kleindeutsche Lösung gestanden haben, geht man von ihrer späteren parteipolitischen Zugehörigkeit bzw. Affinität (seit den späten 1860er Jahren) aus. In dieser Phase gab es keine getrennten Listen, schon gar keine, die auf solcherlei Ausrichtungen schon irgendwie Rücksicht genommen hätten. Gewählt wurden auch weiterhin Männer von „Besitz und Prominenz“, wie die Wahl des „Sonnenwirtes“ Heinrich oder des späteren Harmonievorstandes und Eisenwarengrossisten Gustav Fuchs in den Gemeinderat zeigte.

Die Gruppe, die das personelle Reservoir der Kollegien stellte, festigte sich in den 1860er Jahren in ihrem Kern sichtlich, und die nationalen Umbrüche der Jahre 1866 und 1870/71 hatten in dieser Hinsicht keine dramatischen Reflexe auf der lokalen Ebene, genauso wenig wie die Ausbildung lokaler Parteiorganisationen seit 1867. Die Volkspartei-Agitatoren waren in Heilbronn 1867 viel erfolgreicher als Dr. Otto bei der Etablierung eines nationalliberalen Ortsvereins der Deutschen Partei; dies wirkte sich auf die Landtags- und Zollparlamentswahlen des nächsten Jahres insofern aus, als die Kleindeutschen wie der „Gothaer“ Goppelt noch bittere Niederlagen einzustecken hatten.

Legt man einen Querschnitt durch die Gemeinderäte der späten 1860er und der 1870er Jahre, so fallen Kontinuitäten auf der individuellen Ebene und eine, aufs Ganze gesehen, damit einhergehende lokalpolitische Oligarchisierung durch die wirtschaftlich „Mächtigen“ auf, seien sie nun für oder gegen die Preußen gewesen. Nachdem sie allesamt 1871 „preußisch“ und kleindeutsch geworden waren, blieb nur abzuwarten, wer als nächstes Einlass in das Rathaus und einen Sitzplatz begehren würde. Als im Sommer 1870 die Listen von Bürgerverein und Weingärtnerverein zu einer Bürgerausschusswahl erschienen, waren nicht weniger als neun Personen für beide Gruppierungen konsensfähig, ein Indiz für ein frühzeitiges und symbolträchtiges Zusammenrücken der zuvor nationalpolitisch geschiedenen Lager im Bürgertum der Stadt. Und auch eine dritte Liste, „von mehreren Wahlberechtigten“ annonciert, ließ sich nicht als Fundamentalkritik an diesem Personenkreis werten, denn auch auf ihr erschienen fast alle derjenigen wieder, die auch auf den anderen Listen als geeignete Kandidaten für ein Gemeindeamt empfohlen worden waren.⁸¹

Bemerkenswert ist nur, dass der „48er“, der „Volksmann“ Louis Hentges nicht mehr, wie früher üblich, auch vom Weingärtnerverein vorgeschlagen wurde. Er hatte zu eindeutig für Bismarck votiert, zu offensichtlich Geschmack an preußischer Machtpolitik gefunden. Dieses nationale Bekenntnis zum Reichsgründer sollte dem „Löwen-Wirt“ am 50. Jahrestag seines Mandatsantritts in der Paulskir-

⁸¹ Vgl. Neckar-Zeitung vom 12. Juni, 16. Juni und 17. Juni 1870

che postum eine pompös zelebrierte Kranzniederlegung der Deutschen Partei eintragen.

Die Situation war nach der Reichsgründung „geklärt“. Die politische Gesamtlage war zumindest für einige klarer als noch fünf Jahre zuvor, 1866. Damals hatte der Papierfabrikant Fritz Rauch, nachdem eine Nachricht von einem Sieg Österreichs bei Náchod in Heilbronn eingetroffen war, voreilig beflaggen lassen. Er stand mit dieser Gefühlsäußerung zwar nicht ganz allein da, denn auch ein „demokratischer“ Secklermeister hatte Flagge gezeigt, aber die Aktion sollte ihm großen Spott eintragen. Auf Österreich als Garant einer großdeutschen Lösung hatte wohl niemand in der Stadt mehr so richtig setzen wollen. Zudem: Die kleindeutsche Lösung war durch tiefenwirksame gesellschaftliche Prozesse seit langem vorbereitet. Gerade die überregionalen Bezüge des Vereinswesens der Turner und Sänger verdeutlichten das auf die anschaulichste Weise. Diese soziale Nationsbildung konnte wirklich politischen Menschen, wie Klett oder Goppelt, kaum verborgen bleiben. Ihre Optionen fielen frühzeitig auf Preußen, wenn auch nicht unbedingt auf Bismarck.

Nach Sedan herrschte große Begeisterung in der ganzen Stadt. Ein nationaler Rausch, dem sich auch Charlotte von Rauch, die überaus eigenwillige Mutter des „Großdeutschen“ Flaggen-Fritz, nicht mehr entziehen konnte. Und sie hatte als eine geborene Frankfurterin nun wirklich lange genug emotionale Distanz zu den „Borussen“ gewahrt.

Literatur

- BLICKLE, Peter (Hg.): Landgemeinde und Stadtgemeinde in Mitteleuropa. Ein struktureller Vergleich. München 1991
- BOLDT, Werner: Die württembergischen Volkvereine von 1848 bis 1852. Stuttgart 1970 (Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg; Reihe B, Darstellungen 59)
- BRANDT, Hartwig: Parlamentarismus in Württemberg 1819–1870. Anatomie eines deutschen Landtags. Düsseldorf 1987 (Handbuch der Geschichte des deutschen Parlamentarismus 6)
- Chronik der Stadt Heilbronn. Bd. 1: 741–1895. Bearb. von Friedrich DÜRR. Unveränd. Nachdruck d. 2. Aufl. von 1926. Heilbronn 1986 (Veröffentlichungen des Archivs der Stadt Heilbronn 27)
- FOGT, Helmut: Politische Generationen. Empirische Bedeutung und theoretisches Modell. Opladen 1982 (Beiträge zur sozialwissenschaftlichen Forschung 32)
- FUCHS, Ute: Das Neckar-Dampfschiff in Heilbronn. Eine kommunikationshistorische Untersuchung. Heilbronn 1985 (Kleine Schriftenreihe des Archivs der Stadt Heilbronn 16)
- GALL, Lothar: Von der ständischen zur bürgerlichen Gesellschaft. München 1993 (Enzyklopädie deutscher Geschichte 25)

- HELLWIG, Herbert: Der Raum um Heilbronn. Sein zentralörtliches Bereichsgefüge aufgrund der Stadt-Land-Beziehungen ... Heilbronn 1970 (Veröffentlichungen des Archivs der Stadt Heilbronn 16)
- HEUSS, Theodor: Weinbau und Weingärtnerstand in Heilbronn a.N. 2. Aufl. Neustadt/Haardt 1950
- JAEGER, Hans: Generationen in der Geschichte. Überlegungen zu einer umstrittenen Konzeption. In: Geschichte und Gesellschaft 3 (1977), S. 429–452
- KLAGHOLZ, Bernd: Die Industrialisierung der Stadt Heilbronn von den Anfängen bis 1914. Heilbronn 1986 (Kleine Schriftenreihe des Archivs der Stadt Heilbronn 17)
- LANGEWIESCHE, Dieter: Liberalismus und Demokratie in Württemberg zwischen Revolution und Reichsgründung. Düsseldorf 1974 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 52)
- RAUCH, Moriz von: Geschichte der Familie von Rauch in Heilbronn. Heilbronn 1919
- ROHE, Karl: Liberalismus und soziale Struktur. In: Liberal 18 (1976), S. 43–56
- RUNGE, Gerlinde: Die Volkspartei in Württemberg von 1864 bis 1871. Die Erben der 48er Revolution im Kampf gegen die preußisch-kleindeutsche Lösung der nationalen Frage. Stuttgart 1970 (Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg: Reihe B, Darstellungen 62)
- SCHÖCK, Paul: Das Stadtbild von Heilbronn. Eine siedlungsgeographische Untersuchung. Stuttgart 1927 (Stuttgarter geographische Studien 10)
- STEINHILBER, Wilhelm: Die Heilbronner Stadtvorstände seit 1803 (IV). In: Schwaben und Franken. Heimatgeschichtliche Beilage der Heilbronner Stimme, Jg. 6 (1960), Nr. 2, S. 2 f.
- TROX, Eckhard: Bürger in Ulm. Vereine, Parteien, Geselligkeit. In: Ulm im 19. Jahrhundert. Hg. von Hans Eugen SPECKER. Ulm 1990, S. 169–238
- WAIBEL, Raimund: Gemeindewahlen in Ulm (1817–1900). Ein Beitrag zur Geschichte der politischen Basis der bürgerlichen Selbstverwaltung im 19. Jahrhundert. In: Ulm und Oberschwaben 47/48 (1991), S. 254–373
- ZELLER, G.: Handbuch für die württembergischen Gemeindebehörden. Heidelberg: Stuttgart 1857